die „Notstands"-Aktion vorzubereiten. Nach 13 Wochen Notstandsarbeit wird natürlich jeder in eine andere Klasse eingereiht. Darauf kommt es an. Das ist bei dem ganzen Schwindel das Wesentliche: Senkung der Kosten der Erwerbslosen-Fürsorge.

Das Proletariat muß sich endlich besinnen, es muß die Lohnknechtschaft brechen durch den Kampf um die Diktatur des Proletariats, um den Kommunismus!

Wirtschaft

Stagnation am Arbeitsmarkt?

Am Ende der letzten Juniwoche waren 277 290 Personen bei den Berliner Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 278 195 der Vorwoche. Darunter befanden sich 177 043 (177 833) männliche und 100 247 (100 362) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 135 390 (136 523) männliche und 70 631 (71 375) weibliche, insgesamt 206 021 (207 898) Personen. Außerdem wurde noch an 32 710 (32 111) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 3738 (3722) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Die Zahl der Registrierten hat damit seit langer Zeit abgenommen, und zwar um 900. Das ist natürlich kein Beweis dafür, daß die Arbeitslosenziffer zurückgegangen ist, wie das Arbeitsamt behauptet und die genannte Presse, auch die „Arbeiterpresse" einmütig berichtet. Die Unterstütztenziffer ging nämlich um 1900 zurück. Es ist eher anzunehmen, daß die 900 zu den 1900 von der „Fürsorge" Ausgeschifften gehören, da sie die Stempelei eingestellt haben. Sicher werden Bauarbeiter und Erntearbeiter eingestellt sein. Aber ebenso sicher ist auch, daß die „Fürsorge" mehr Ausgesteuerte haben wird und daß die Gesamtziffer durch Entlassene wieder aufgefüllt wurde.

Die Erwerbslosigkeit im Ruhrrevier.

In einer Sitzung des Fachausschusses der Abteilung Bergbau des Landesarbeitsamtes Westfalen wurde mitgeteilt, daß die Erwerbslosigkeit unter den Ruhrbergarbeitern ungefähr das 1¾fache des Reichsdurchschnittes beträgt. Im Steinkohlenbergbau hat sich die Arbeitslosenziffer in den letzten Monaten zwar gesenkt, sie ist aber immer noch weit höher als im Jahresanfang und beträgt zurzeit rund 45 000 Bergarbeiter. Von dem Belegschaftsabbau ist nach wie vor das südliche Randgebiet am stärksten betroffen, wo die Belegschaft ungefähr um 83 Prozent vermindert worden ist, während der durchschnittliche Belegschaftsabbau im Ruhrkohlengebiet etwa 34 Prozent beträgt.

Aus der Bewegung

Rheinland-Westfalen

Bonn.

Am 28. August veranstaltete die KAP. und AAU. eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Steigendes Elend. — Was ist zu tun? Galt es doch auch hier im Zentrum der schwarzen Reaktion, in der Brutstätte des schwarz-weiß-roten Kraftmeiertums (Bonn ist bekanntlich Universitätsstadt), der Arbeiterschaft ihre wahre Lage und Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen, um die allzu notwendige, rote revolutionäre Klassenfront fester zu schmieden. Der Referent verstand es, in treffenden Worten die Ursachen des permanenten Verelendungsprozesses, der im Kapitalismus frohnenden, durch die demokratische Zuchthausrepublik niedergehaltene Arbeiterklasse aufzuzeigen. In einer Analyse der weltwirtschaftlichen politischen Lage zeigte er die Ausweglosigkeit aus der Krise, in der sich der Kapitalismus windet, auf: die Absatzkrise führte zum Weltkrieg, aus ihr resultierte die Aufbaukrise, die zur Inflationskrise sich gestaltete, von der Stabilisierungskrise abgelöst wurde und in die Rationalisierungskrise hineinschlidderte. Das Proletariat muß begreifen, daß diese Krisen, als Folge einer unmöglichen Erweiterung der Absatzmärkte, nicht mehr beseitigt werden können, wenn nicht die Produktionshülle gesprengt wird: das heißt Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, Vergesellschaftlichung des Produktionsapparates, um zu produzieren nach den Bedürfnissen aller und nicht nach den Profitnotwendigkeiten des Einzelnen. Diese Maßnahmen bedingen die Einheitsfront des Proletariats zum Sturz des bürgerlich-demokratischen Staates. Darum Aufräumung mit der Zersplitterung in 100 Gewerkschaften. Zerstörung der Gewerkschaften. Zusammenfassung als Klasse im Betrieb und Stempelmarkt, das ist das Gebot der Stunde.

Die darauf folgende Diskussion ergab, daß die quantitativ schwache Zahl der Versammlungsteilnehmer durch ihre qualitative Stärke ausgeglichen wurde. Alle Diskussionsredner zeigten den ernsten Willen, an der Klärung des proletarischen Klassenproblems mitzuhelfen. Wem der Wille dazu fehlte, zog vor, stillschweigend sich aus der Versammlung zu verdrücken, so ging es dem „Rot Front-Kameraden", der als Stadtverordneter vorzog, aus Angst vor seiner eigenen Courage, zu verschwinden. Der erste Diskussionsredner Vasilere erklärte, daß die Parlamentarier alle Lumpen wären, nichts für die Arbeiter erkämpfen werden. Was ihn aber nicht hindert, in der SPD. zu sein, um die zu „revolutionieren". Ein KPD.-Oppositionsgenosse, Stadtverordneter Nix, anerkannte die Notwendigkeit der AAU., erachtete aber die Ausnützung der Parlamente zu agitatorischen Zwecken für angebracht. Nur müßte die Partei, um nicht opportun zu werden, klein und rein sein. Ein Genosse der KPD.-Linke trat den Korsch-Anhängern entgegen, zerpflückte ihre Halbheiten und Inkonsequenzen. Wandte sich vor allem auch gegen die unklare Stellung, wie sie von der Katz-Gruppe zu den Lohnkämpfen eingenommen wird. Die Stellung dieser Gruppe war ein ideologisches Bekenntnis zur KAP. und Union, ihm muß folgen als Konsequenz die organisatorische Einreihung in KAP. und AAU.

Im Schlußwort klärte der Referent die auf Anfrage gestellte Kartellierungsfrage (Spartakusbund) zur Zufriedenheit der KPD.-Linke auf. Es könne nicht gehen um Vereinigung von Feuer und Wasser, von Lohnkampfaposteln und revolutionären antigesetzlichen Klassenkämpfern, von Parteibejaher und Verneiner. Keine organisatorische Verkapselung ideologischer Unklarheit, denn das schafft Kompromittierung des revolutionär-marxistischen Flügels der Arbeiterklasse. Erst Klarheit, dann Einheit. Der Platz aller revolutionären Arbeiter ist in den Reihen der KAPD. und Allgemeinen Arbeiter-Union

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Jugendbewegung

Klare Sicht

Die zwölfjährige Wiederkehr des Kriegsbeginns fällt in eine Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krise, die je das kapitalistische Deutschland erzittern ließen. Das Elend des Proletariats steigt ins unermeßliche, aus allen Ecken und Kanten der deutschen Republik grinst das Hungergespenst hervor. Der Kapitalismus trifft seine Vorbereitungen für den Winter, der die neue Etappe des Massensterbens für das Proletariat bedeutet. Der Kapitalismus versucht das Proletariat und im besonderen die proletarische Jugend über ihr grausiges Elend hingwegzutäuschen. Ueberall in Deutschland werden pompöse sportliche Veranstaltungen betrieben, die den Zweck haben die ausgemergelte Jugend wieder körperlich zu ertüchtigen. Mögen die Kapitalisten und ihre bezahlten Helfershelfer noch so viel Sportfeste arrangieren und mögen noch soviel Gesundheitswochen veranstaltet und noch soviel Hygieneausstellungen ins Leben gerufen werden; die Tatsache, das rund 12 Millionen (Kurzarbeiter und Arbeitslose mit ihren Familien) buchstäblich am Hungertuch nagen zeigen, daß da ein schwaches, sieches, zwerghaftes, durch chronischen Hunger, Krankheit und frühe Arbeit verkümmertes Geschlecht heranwächst. Der Kapitalismus reißt sich selber die Maske vom Gesicht, wenn nach seinen statistischen Angaben in vielen Städten Deutschlands über 50 Prozent der jugendlichen Arbeiter im Alter von 14—17 Jahren als nicht gesund zu bezeichnen sind. Wo irgendwo dem Proletariat von seiten der Kapitalisten mit solchen verlogenen Gesundheits-Ausstellungen Sand in die Augen gestreut werden soll, da dürfen die Gewerkschaften nicht fehlen. (Siehe die Ge-So-Lei in Düsseldorf). Für die reformistischen Organisationen versteht es sich natürlich, da sie ja auf Gedeih und Verderb mit dem Kapitalismus verbunden sind, daß sie den bankrotten Kapitalismus wieder auf die Beine helfen wollen. Und nur so ist das Verhalten der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Mameluken zu verstehen, daß sie jetzt mit ihren „Nie wieder Krieg!"-Parolen an den Tag legen. Jawohl sie haben gut brüllen: „Nie wieder Krieg!" Wo es dem deutschen Kapitalismus infolge seiner bedingungslosen Unterwerfung unter das Entente-Kapital in jeder Beziehung einfach unmöglich gemacht wird, den „Erbfeind" zu bekriegen. Die deutschen Kapitalisten und mit ihnen die Sozialdemokratie haben sich über den Ausgang des Krieges gründlich verrechnet. Der wilhelminisch-sozialdemokratische Raubzug, der mit dem Ueberfall auf Luxemburg und Belgien begann und mit dem neuen deutschen Weltreich enden sollte, ist kläglich zusammengebrochen. Zusammengebrochen trotz der sozialdemokratischen Maul- und Durchhaltepolitik. Zusammengebrochen trotzdem sich die bewährten Führer Ebert, Scheidemann, David, Landsberg und Noske in den kaiserlichen Hauptquartieren herumdrückten. O! Wie waren sie gegen den Krieg, als er noch nicht erklärt war. Ja bis zum Kriege, aber nur bis — „Nieder mit dem Kriege!" Und als dann der Krieg als vollendete Tatsache vor den Massen stand, da konnten sie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lassen. Als der Krieg mit allen seinen Schrecknissen wütete, war es die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Journaille die das Massenmorden verherrlichte. „Sozialismus wohin wir blicken!" Das waren die Schlagworte womit man die Proleten für den Schützengraben besoffen machte. Vorbeigelungen war die Erfüllung des Traumes vom neuen deutschen Weltreich. Vorbeigelungen, trotz der schwarz-weiß-roten Sozialdemokratie und ihrer kaiserlichen Exzellenzen. Vorbeigelungen, trotzdem es in der Weltgeschichte keine größere Kanaillen gab, die eine schuftigere Judasrolle hätten spielen können als die Ebert und Co.

Als der deutsche Kapitalismus an seinen militärischen Fronten zusammenbrach, als das klassenbewußte Proletariat versuchte aus der halben eine ganze Revolution zu machen, da war es die Sozialdemokratie, die das deutsche Volk vor dem Bolschewismus rettete. Hei! Wie schneidig konnten da Noskes weiße Garden gegen das Proletariat vorgehen. Vergessen waren die Niederlagen die sich der deutsche Militarismus von den Engländern und Franzosen geholt hatte. Die deutsche Soldateska mußte sich neue Lorbeeren suchen, und was tat es wenn man den Ruhm erwarb, unbewaffnete Arbeiter ermordet zu haben. Dieser Feldzug war weniger gefährlich und brachte mehr ein. Am 12. Januar 1919 konnte der „Vorwärts" schreiben:

„Das Vorwärtsgebäude wurde gestern von den Truppen des Oberbefehlshabers Noske (Regiment Potsdam) im Sturm genommen und von der Abteilung Kuttner besetzt . . . Der Jubel unter den Soldaten ist ungeheuer . . . . Die Truppen wurden mit Zigarren und Kaffee bewirtet . . . Die militärische Leitung hat auch ganz vorzüglich geklappt, aber auch der Geist der Truppen war vorzüglich . . . . Das war ein Freudenfest!"

„Der Geist der Truppen war vorzüglich!" Die Vorwärtsparlamentäre meuchlings ermordet. Und wenn 2 Tage später mit der Mordhetze gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im „Vorwärts" durch Veröffentlichung des Zicklerschen Hetzgedichtes begann. Und die beiden Größten nach Marx und Engels dieser Hetze erlagen, so hatten die Sozialverräter und Bourgeois alle Ursache erleichtert aufzuatmen. Endlich war man sie los, die Bestgehaßtesten, ja! das war ein Freudenfest!" Genau wie 1914 als die Sozialdemokraten die Proletarier und die jugendlichen Arbeiter aufriefen sich freiwillig in den Dienst des Massenmordens zu stellen, taten sie es 1919. Die akademische Jugend wurde aufgefordert das „bedrohte Kulturerbe der Väter" vor dem Bolschewismus zu schützen. Deutschlands goldene Jugend zeigte sich dem würdig, sie hat glänzend „bedrohtes Kulturerbe der Väter" vor Spartakus verteidigt. Alle Arbeiter die diesem Gesindel in die Finger liefen wurden erbarmungslos abgekillt. Voraussetzung für diese Heldentaten war natürlich, daß man sich nur mit unbewaffneten Arbeitern einließ, die man auf der Flucht erschießen konnte um dann straffrei ausgehen zu können. Das klassische Beispiel dafür ist der Mechterstedter Arbeitermord der Marburger Studenten. Es würde allerdings zu weit führen, noch mehr Schandtaten der Sozialverräter anzuführen, diese Proben dürften genügen, um jedem klassenbewußten Arbeiter zu beweisen, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Arbeiter-Jugend die Organisationen des bewußten Klassenverrats sind.

Wie steht es nun mit der Kommunistischen Partei und Kommunistischen Jugend, Organisationen, die vorgeben, die einzigwahren Klassenkampforganisationen des Proletariats zu sein. War das Verhalten das die KPD. 1923 während des Ruhrkrieges an den Tag legte ein von revolutionärer Politik diktiertes? Nein! Die Kommunistische Partei war es, die im übelsten Nationalismus machte. Die Rote Fahne vom 29. Mai 1923 bringt einen Aufruf „An alle Schichten des arbeitenden Volkes in Deutschland", in dem aufgefordert wird, mit der Regierung der „nationalen Schmach" ein Ende zu machen, und dafür eine „Regierung der Werktätigen" zu bilden, die auch imstande ist den Widerstand des deutschen Volkes zu organisieren, wenn ihm der französische Imperialismus keinen Frieden geben wolle. Denselben nationalen Jargon schlägt auch die Rote Fahne vom 29. August 1923 an. Sie stellt da fest, daß der Krieg an der Ruhr ausschließlich von der deutschen Arbeiterklasse unter den schwersten Opfern geführt wird. Leider führen die Kapitalisten den Dolchstoß gegen das deutsche Volk, indem sie die Front durchbrochen haben und Verhandlungen um des schnöden Profits willen mit den Franzosen beginnen. Weiter stellt die Rote Fahne fest, daß sich kein Justizminister gefunden hat der diesen Hochverrätern das Handwerk gelegt hätte, und daß ihr zahlreiche Fälle bekannt wären, wo die Arbeiter unter Androhung von Lohnabzug und Entlassung gezwungen worden sind, unter französischen Bajonetten zu arbeiten.

Na Gott sei Dank hat die Rote Fahne und die Kommunistische Partei mit ihrer Rekrutenschule der K. J. als der einzigen nationalen Partei und Jugend, es verstanden, den Proleten klarzumachen, daß sie sich nur von deutschen Kapitalisten ausbeuten lassen dürfen. Jawohl, die Kapitalisten führen nur Kriege, militärische und wirtschaftliche, beide nur um des Profits willen, und sie pfeifen auf Nation und Vaterland, wenn sie ohne diesen Firlefanz viel bessere Geschäfte machen können. Genossen der KPD. und KJ.! Eure Organisationen haben genau wie die SPD. ihren 4. August mit ihrem politischen und moralischen Bankrott hinter sich, sie leben nur von der Vergeßlichkeit des deutschen Proletariats. Die Politik der KPD. und der KJD. ist diktiert von den Notwendigkeiten der russischen Regierung, und wenn die Notwendigkeiten es erfordern, daß infolge der imperialistischen Politik, die die russische Regierung betreibt, Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffquellen ausbrechen und ausgetragen werden müssen, so wird die KPD. genau wie die SPD. nationale Politik treiben. (Siehe den deutsch-russischen Vertrag und Krestinski bei Hindenburg.)

Es ist unsinnig jetzt zu schreien: „Nie wieder Krieg!" so lange es eine kapitalistische Gesellschaft gibt. Wir sagen den Proletariern immer wieder, daß Schiedsgerichte, Völkerbund, Abrüstungskonferenzen und das Abschaffen der stehenden Heere nur Illusionen sind, die nur dazu da sind, dem Proletariat Sand in die Augen zu streuen. Alle Maßnahmen die man in dieser Beziehung treffen will, sind Utopien, ohne jede Wirklichkeit. Der einzige Ausweg ist und bleibt die soziale Revoluton, die von den proletarischen Massen durchgeführt werden muß. Erst wenn die Revolution das Privateigentum an den Produktionsmitteln, an Grund und Boden aufgehoben hat, wenn an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die Bedarfswirtschaft errichtet wird, erst dann, aber nur dann, wird den Kriegen, die um die Absatzmärkte und Rohstoffquellen geführt werden, ein Ende bereitet. So lange heißt es kämpfen und Kämpfer für die große Sache des Kommunismus zu werben, damit es nicht heißt: „Ihr habt den Kommunismus nicht gewollt, dafür werdet ihr den Krieg haben. Ihr werdet den Krieg solange haben, bis die soziale Revolution dieser ebenso unsinnigen wie schändlichen Lage ein Ende bereitet!" Oder um mit Karl Liebknecht zu reden: „So wird der jetzige Krieg (Weltkrieg) nur die Ouvertüre zu einer ganzen Epoche furchtbarer Weltkriege sein, deren Konturen sich heute bereits am Horizont abzuzeichnen beginnen — hinter dem Dampf des jetzigen Blutmeeres und dem Qualm der europäischen Verwüstung." Jungarbeiter ihr habt zu wählen zwischen Kapitalismus und neuen Kriegen oder Kommunismus und dauerndem Frieden. Der Weg führt nur über die soziale Revolution und darum soll unser Schlachtruf sein:

„Krieg dem imperialistischen Kriege!"
„Nieder mit dem Kapitalismus!"
„Es lebe der Befreiungskampf der Arbeiterklasse!"

Mitteilungen

Achtung! Postscheckkonto! Achtung!

Das alte Konto ist gelöscht. Alle Einzahlungen für Bücher, Zeitungen und Proletarier gehen auf das Konto: „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Postscheck-Konto Berlin 82842.

Eberswalde.

Am Mittwoch, den 11. August, abends 7,30 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend im Lokal Besselbrauerei, am Kleinbahnhof. Thema: „Die Krise in der KPD. und was will die Opposition?" — Freie Aussprache.

Forst.

Die Ortsgruppen Forst der KAP. und AAU. tagen jeden Mittwoch (pünktlich 7 Uhr) im „Eden". Diskussion über alle grundsätzlichen Fragen des Kommunismus und seiner geschichtlichen Notwendigkeit. Leser unserer Zeitungen und Sympathisierende sind eingeladen. „KAZ." und „Proletarier" sind dort zu haben. Aufnahme neuer Mitglieder.

Groß-Berlin

Gruppe Neukölln. Am Donnerstag, den 5. August, abends pünktlich 7,30 Uhr im Lokal Schwarzkopf, Fontanestr. 26: Oeffentlicher Gruppenabend. — Thema: „Der 4. August des deutschen Proletariats."

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 62 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der Reformismus als Quelle der Burgfriedenspolitik

Die Henkersknechtrolle der SPD. im August 1914 kann nicht herausgerissen aus der reformistischen Politik richtig verstanden werden.

Die Ablehnung der Burgfriedenspolitik konnte nur erfolgen, wenn die SPD. auch gleichzeitig oder vorher ihre jahrzehntelange reformistische Politik aufgab und die Bahn der Revolution für den Kommunismus beschritt.

Denn der Reformismus hat den Kapitalismus mit seinen Notwendigkeiten zum Kriege und dgl. zur Voraussetzung.

Wer vom Kapitalismus Reformen, Verbesserung der sozialen und politischen Lage verlangt und erwartet, der muß auch allen Notwendigkeiten des Kapitalismus Rechnung tragen. Der muß ihm helfen, daß er imstande und fähig ist, Reformen zu gewähren. Der muß ihn schützen und verteidigen.

Denn nur ein gesunder, starker und blühender Kapitalismus kann sich den Luxus von Reformen leisten.

Der Reformismus zwingt unbedingt zum Interessengemeinschaftsglauben von Kapitalisten und Proletariern. Er zwingt dadurch zum Nationalismus. Er erzeugt und festigt den Begriff Vaterlandsliebe.

Die reformistische Politik hat also zum sehr großen Teile dazu beigetragen, daß 1914 in den Köpfen der Proletarier der nationale kapitalistische Wahnsinn vorherrschte.

Der Weltkrieg nun war eine Lebensnotwendigkeit für den Kapitalismus. Kampf um die Erhaltung und Erweiterung der Absatzgebiete. Ein Kampf um Sein und Nichtsein für jeden nationalen Kapitalismus.

Hier mußten die Sozialdemokratischen Parteien in Verfolg ihrer Reformpolitik die Interessen der einzelnen nationalen Bourgeoisien verteidigen. Hier mußten sie für den Krieg sein und für den Reformkampf Burgfrieden schließen. Hier mußten sie das „Vaterland" und die „bedrohte Nation" verteidigen lassen. Hier mußte die Internationale der Reformen bersten.

Die Kriegsmusik: — — —

„Die englischen Kapitalisten sind neidisch auf das Blühen und Gedeihen des deutschen Kapitalismus. Sie wollen Deutschland vom Weltmarkt verdrängen." „Sie wollen uns die ergiebigen Kohlengebiete von Elsaß-Lothringen und die blühende oberschlesische Industrie nehmen." „Die russische zaristische Walze droht alle westeuropäische Zivilisation zu zerstampfen und die Erfolge der jahrzehntelangen Reformbewegung zu vernichten." „Wenn Räuber mein (?!!) Haus überfallen, wäre ich doch ein Dummkopf, wollte ich erst über „Humanität" philosophieren, anstatt sie einfach niederzuschießen." — — — — mußte wirken bei sich im Banne des Reformismus befindliche Proletarier.

Der Reformismus war also die Quelle des furchtbaren Blutrausches und der Selbstzerfleischung des internationalen Proletariats.

Die bluttriefenden Judasse des Sozialismus konnten dabei noch ihre Hände in Unschuld waschen: „Die Masse hat es nicht anders gewollt."

Jawohl, die durch den Reformismus mit seinem notwendigen Parlamentarismus in das Lager der Bürgerlichen gezogene Führerschicht und Beherrscher der SPD. hatten im August 1914 sehr sehr leichtes Spiel die Proletarier in das Brudermorden zu hetzen. So ungeheuerlich stark war das kapitalistische Gift des Reformismus. So totsicher zeigte sich das Mittel des Reformismus zum Totschlagen jeder revolutionären proletarischen Regung und der internationalen brüderlichen Solidarität.

Selbst die rebellierenden oppositionellen Proletarier — USP. — mußten unter der Fuchtel des Reformismus die blutbeschmutzten Füße der Sozialpatrioten waschen:

„Verteidigungskrieg," „Frieden ohne Annektion," „Wilsons 14 Punkte", „Völkerbund". — —

Unter der Fuchtel der jahrzehntelangen Reformbewegung konnten dann die von Blut triefenden Judasse die zur Tat schreitende Klassenbewußtseinsentwicklung der Proletarier unter der Assistenz der nicht minder bluttriefenden USP.-Gewaltigen 1918 niederschlagen.

Die Erfüllung der jahrzehntelangen reformistischen Forderungen wie „Gleiches Wahlrecht", „8-Stundentag", „Mitbestimmungsrecht", „Frieden", „Demokratie" war das kapitalistische Bollwerk und Schwert, mit dem die Handlanger der Bourgeoisie die Grundlage des Kapitalismus — das heilige Privateigentum — verteidigten und retteten. Das war das Schwert, mit dem die Proletarier ihrer Macht beraubt wurden. Das war das Zuckerbrot, für das die Proletarier ihr Gemeineigentumsrecht, ihre Freiheit und damit ihr Leben verkauften. Die Erfüllung der reformistischen Forderungen — das Zuckerbrot — war die Voraussetzung und das Mittel für das Bürgertum, um heute wieder mit der Peitsche herrschen zu können.

Und wiederum haben es die Bluthunde der Revolution so sehr sehr leicht, immer noch ihre Hände in Unschuld zu waschen. Ihr Seifenpulver ist wieder und immer noch der Reformismus. Der Fußwascher ist jetzt die durch die rev. Phraseologie und durch die rev. Tradition des Spartakusbundes glorifizierten KPD.

Arme, arme internationale Arbeiterbewegung!!!

Mußten die auf dem Wege zur revolutionären Erkenntnis kommenden Massen der USP.-Proletarier sich durch „Heidelberg" und dem Vereinigungsparteitag von USP. und KP. theoretisch einen neuen 4. August und neuen 9. November durch den Reformismus bereiten?

Oder glauben die KP.-Proletarier, daß der 4. August der KP. praktisch, in Gestalt des Ruhrkrieges und der 9. November in Gestalt der Arbeiter- und Bauernregierung in Sachsen und Thüringen und neuerdings in Mecklenburg als Entgleisungen der Führerschicht, losgelöst von der reformistischen Grundeinstellung zu verstehen ist?

Wer vom Reformismus lebt, der hat eine „bedrohte Nation" zu verteidigen. Der muß gegen den „französischen Imperialismus" kämpfen. Der muß sich mit Schlageterkreaturen koalieren. Der muß statt des passiven den „aktiven Widerstand" wollen. Der muß Vaterlandsverräter kennen. Der muß gemeinsam mit der kapitalistischen Polizei „Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten und den „Separatismus" niederschlagen. Der muß kapitalistische Sanierungs- und Steuerpläne ausarbeiten. Der

Zum „Verfassungstag"

Auch wir wollen nicht vorübergehen an diesem denkwürdigen Tag. Denn um einen denkwürdigen Tag handelt es sich unbestritten. Und in diesem Jahre ganz besonders.

Geschichtlich und historisch bedeutet die Feier der Widerkehr des 11. August die Tatsache, daß die herrschende Klasse die Revolution auf der Basis der bürgerlichen Ordnung konsolidierte. Das äußere Zeichen, unter dem das geschah, ist die Verfassung von Weimar. Sie „garantiert" „jedem Deutschen" das „Recht auf Arbeit", auf Wohnung usw., oder „ausreichende Unterstützung". Ein gut Teil Arbeiter wußte, was diese „Rechte" im kapitalistischen Staat bedeuten, und erhob sich, um eine radikale Aenderung der Verhältnisse, um den Sturz des kapitalistischen Systems herbeizuführen. Die besten der Avantgarde des revolutionären Proletariats deckt heute der Rasen. Ein großer Teil schmachtet hinter Kerkermauern oder ist durch die Justizfolter körperlich und geistig ruiniert. Die Illusionen des Proletariats haben den herrschenden Klassen zum Siege verholfen, und der achte Geburtstag der Republik steht im Zeichen der politischen Konsolidierung der demokratischen Republik. Die Parole der Sozialdemokratie und Gewerkschaften lautet: Heraus mit den Fahnen Schwarz-rot-gold!

Heraus mit den Fahnen Schwarz-rot-gold ihr Arbeitslosen! Wohl ist Eure Zukunft in dieser Republik die Zukunft der Todeskandidaten, wohl ist Euch der langsame Hungertod sicher. Ihr spürt täglich die innere Wahrhaftigkeit dieser Verfassung, indem ihr zum Hungerdasein verurteilt seid, solange ihr Eure „ausreichende Unterstützung" bekommt, zum Hungertod, wenn der Termin, der nun einmal „ausreichen" muß, abgelaufen ist. Ihr spürt die innere Wahrhaftigkeit dieser „Verfassung", wenn die demokratischen Gerichte Euch aus den Wohnungen werfen. Steckt Euch ein schwarz-rot-golden Fähnlein an, und ruft: Es lebe die Republik!

Ihr Arbeiter in den Betrieben: Habt Ihr nicht Koalitionsfreiheit, habt Ihr nicht mächtige Organisationen, auf deren Kongressen die höchsten Spitzen der demokratischen Republik, — wie auf dem Verbandstag der Metallarbeiter Staatssekretär z. D. Professor Hirsch — Euch die Vorteile dieser Republik erklären, und Euch die Wege zu Kraft und Schönheit weisen? — Gewiß: eine brutale Unternehmerdiktatur schmiedet Euch zu Hungerlöhnen an das „laufende Band", und preßt Euch aus wie Zitronen! Der geringste Widerstand hat Entlassung zur Folge. Ein Millionenüberangebot von überflüssigen Proletariern drückt auf den Wert der Ware Arbeitskraft und mindert sie im Preis ständig und unaufhaltsam herab, während die Preise, die Steuern das letzte wegfressen und Euch zu einem Hundedasein verdammt: Fressen, schlafen, arbeiten, immer die Angst, dem Heer der Ausgestoßenen eingereiht zu werden, vor Augen. Ihr lebt beinahe so gut wie ein Hund, — steckt Euch ein schwarz-rot-golden Fähnlein an und vergeßt die Verfassungsfeiern nicht! Denn dort erreicht die innere Wahrhaftigkeit der demokratischen Verfassung und ihrer Hüter erst ihren Höhepunkt durch revolutionäre Dichtungen, Lieder, Rezitationen.

Schützt die Republik! Sie droht an ihrer eigenen Kraft zu ersticken. Wie die Wassersucht einen alten Körper bewegungsunfähig macht, so bläht die innere Krankheit der Republik deren schönen Körper zu einer aufgedunsteten Mißgestalt. Millionen feiernder Hände — und andere Millionen feiernder Maschinen. Ein ungeheurer Warenhunger — und eine ungeheure Absatzkrise! Die Republik ist in Gefahr! Welch Glück, daß das Proletariat seine „erprobten Führer" hat. Sie haben schon das Rezept bei der Hand: Man läßt aus dem unförmlichen Bauch ein bischen Wasser ab. Notstandsarbeiten. Arbeitsbeschaffungsprogramme. So wird der Wechselbalg sich wieder langsam fortbewegen können. — Gewiß: Die Notstandsarbeiter müssen da eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Sie dürfen nicht an sich, sondern nur an die Republik denken. Die Notstandsarbeit muß noch billiger sein, sonst wird sie durch die Konkurenz unmöglich gemacht. Und weil sie billiger sein muß, ist sie eine Schmutzkonkurenz gegen die „freien Arbeiter". Schützt die Republik durch gegenseitiges organisiertes Wettschuften. Baut Arbeiterhäuser! Die Republik ist in Gefahr. Hat denn das Proletariat keine Ideale mehr?

Wenn es daher auch noch einmal gelingt, große Massen zu bewegen am Tage der „Verfassungsfeier" sich selbst zum Narren zu machen, so weiß das revolutionäre Proletariat dennoch, daß diese Komödie ihre Grenzen hat. Der Widerspruch ist zu erklären durch ganz reale Faktoren. Eine verlorene Schlacht erzeugte bei den breiten Massen Unsicherheit. Diese Unsicherheit wird noch erhöht durch die zweideutige Haltung der Moskauer Regierer und ihrer jungen Männer, die nach allem Verrat am Proletariat in trauter Einheitsfront mit den Totengräbern der proletarischen Revolution nach Amsterdam wandern und — wie Mecklenburg und tausend andere äußere Symptome beweisen — längst in die Bahnen des Regierungs-„Kommunismus" eingebogen sind.

Es dauert deshalb eben ein bischen länger, bis die Dialektik der Geschichte den Massen den Schleier von den Augen reißt. So sind wir noch einmal verurteilt, am Geburtstag der demokratischen Republik uns mit dem — eisigen Lachen grenzenloser Verachtung zu begnügen. Der Gummiknüppel des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, der den Erwerbslosen die Paragraphen der demokratischen Verfassung erläutert, die Krankheit des kapitalistischen Systems, daß Todesgrauen unter den Arbeitern verbreitet; der erbärmliche Verrat der Gewerkschaften und ihrer parlamentarischen Anreißer gegenüber dem um das nackte Leben kämpfende Proletariat; — das alles wird dazu beitragen, daß sich die Massen abwenden von der Illusion, daß ein Klecks Farbe genügt, um die Revolution unvermeidlich zu machen. Wird dazu beitragen den Massen zu lehren, daß nur der Sturz des Kapitalismus und die Eroberung der Produktion durch die Diktatur der Räte einen Ausweg aus der demokratischen Hölle bedeutet. Daß die Fahne des Proletariats **die rote Fahne ist die Fahne des Aufstandes der proletarischen Klassenrevolution gegen den Kapitalismus überhaupt, ganz gleich welche Farben auf den Zinnen des kapitalistischen Hungerturms flattern.**

muß danach streben, teilzuhaben an der kapitalistischen Herrschaftsgewalt. Der kann nur keine Revolution wollen, weil er dadurch die Voraussetzung des Reformismus, den Kapitalismus bedroht.

Große Teile der KP.-Proletarier stehen wieder einmal wie 1919 die der USP. an einem Wendepunkt. Werden sie dieses Mal verstehen, daß der Weg von SP. und KP. — der Weg aus dem Reformismus mit seinem notwendigen Parlamentarismus geboren ist?

Werden die Proletarier verstehen, daß der Reformismus die Quelle der Burgfriedenspolitik ist?

Wir haben heute keinen blühenden, gesunden, entwicklungsfähigen, starken Kapitalismus mehr. Wir leben in der Periode der Todeskrise der kapitalistischen Wirtschaft. Darum kann der Kapitalismus keine wesentlichen Sozialreformen mehr geben. Darum ist jede Reformbewegung an sich schon ein Betrugsversuch an die Proletarier und muß unbedingt zum Verrat führen.

Ist es nicht ein ungeheurer Mangel an Denkfähigkeit, wenn die Proletarier seit 1914, 1919 bis heute nichts anderes als den Bankrott des Reformismus sahen und nichts anderes tun als immer wieder die ganze reformistische Parolenschwulst der Vorkriegszeit als A und O ihres Tuns machen?

Haben denn die 12 Jahre absolut nichts gezeigt? Die 12 Jahre ununterbrochenen Fließens von Arbeiterblut, der ununterbrochenen Kette von Arbeiterverrat, des Grausens, Elends und Hungers, des Krachens und Berstens der Welt?

Die Proletarier müssen bei Strafe ihrer vollkommenen Verelendung die Vergangenheit quittieren.

Sie müssen den Reformismus verlassen und die Bahn der Selbst- und Klassenbewußtseinsentwicklung für den Kommunismus freimachen.

Politische Rundschau

Zum Rakosi-Prozeß

Im Budapester Kommunistenprozeß wurde Rakosi zu 8½, Weinberger zu 8 Jahren Zuchthaus, die anderen Angeklagten zu 3 Monaten bis 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die KAZ. hat bereits zu dem Prozeß Stellung genommen und die Doppelzüngigkeit der Politik der III. Int. auch beim Rakosi-Prozeß gezeigt.

Die Verteidigungsrede Rakosi über welche die KPD.-Presse begeistert schreibt, zeigt sehr offen diese Doppelzüngigkeit.

Gewiß, ein Unterschied in der Aktivität und der Stärke des Radikalismus besteht zwischen den Darlegungen Rakosis und einem sozialdemokratischen Programm — inhaltlich aber sehr unwesentlich.

Von Kommunismus — Aufhebung des Privateigentums, Schaffung der Gemeinwirtschaft — absolut kein Wort.

Umgekehrt, die Zahl der Privateigentümer soll vermehrt, das Land an die Bauern verteilt werden. Hören wir R.:

„Wir wollen, daß der Großgrundbesitz unter die Landarmen entschädigungslos aufgeteilt wird. Die Kommunistische Partei Ungarns hat eingesehen, daß sie während der Diktatur einen großen Fehler begangen hat, indem sie den Boden nicht aufteilen ließ. Wir sehen, was die Aufteilung des Bodens in Rußland für Ergebnisse gezeitigt hat."

Die unselige russische revolutionäre Tragödie soll in Ungarn neu aufleben. Hier ist sehr deutlich der russische kleinkapitalistische Charakter der Kom. Int. ausgedrückt. Die Ansätze zur kommunistischen Wirtschaft in den paar Monaten der Ungarischen Räterepublik werden geleugnet und zu ersticken versucht, wenn von dem „Fehler" der Nichtaufteilung des Landes gesprochen wird.

Dieser kleinbürgerlichen Politik, dieses Anbiedern an die kleinbürgerlichen zusammenbrechenden (durch solche Politik aber selbst wieder aufgepäppelten!) Instinkte bleibt sich Rakosi in der nationalen Frage auch treu:

„Den zweiten großen Prozeß führt das ungarische Proletariat seit dem 21. März 1919, seit der Errichtung der Rätediktatur,
gegen den räuberischen Imperialismus des Auslandes,
der Millionen von arbeitenden Magyaren unter die Fremdherrschaft gezwungen hat. Die Außenpolitik der herrschenden Klasse Ungarns war stets der Verrat. Seit dem Jahre 1848 wurde in Ungarn nur ein einziges Mal eine wirklich **nationale Außenpolitik** geführt, während der Periode der Diktatur des Proletariats. Die ungarischen Sowjets haben nicht mit dem Mund, nicht mit leeren Begeiferungen der nationalen Unterdrücker, sondern mit der Roten Armee gegen die räuberischen tschechoslowakischen und rumänischen Imperialisten gekämpft und sie, zum mindesten im Norden, zu Paaren getrieben. So führte das Proletariat seinen Prozeß für die nationale Befreiung. Wie war demgegenüber die Politik der Bourgeoisie? Die Tätigkeit der siegreichen Gegenrevolution begann damit, daß sie die Rumänen ins Land rief. Nur der Kampf der Kommunistischen Internationale kann den Sieg des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gewährleisten. Der gemeinsame Kampf der revolutionären Arbeiterschaft Ungarns und der Nachfolgestaaten wird den elenden Wisch von Trianon in Fetzen zerreißen, der von dem englischen und französischen Imperialismus diktiert wurde."

Diese Darlegungen sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst einmal sind sie ein Beitrag zu dem aktuellen „Krieg dem Kriege"-Geschrei. Außerdem aber sind die Darlegungen ein furchtbar strafbarer Versuch, den Charakter der ungarischen Räterepublik vollkommen zu entstellen. Sie bedeuten

Achtung! Achtung!

Das alte Konto ist gelöscht. Alle Einzahlungen gehen auf das Konto:

„Buchhandlung für Arbeiter-Literatur"

Postscheck-Konto Berlin 82842

eine Lüge und Irreführung zugleich, wogegen die revolutionäre Bewegung entschieden Sturm laufen muß. Die ungarischen Sowjets haben mit ihrer Roten Armee nicht um die **nationale** sondern um die **proletarische** Befreiung gegen die angreifenden internationalen Bourgeois-Mächte gekämpft. Das Proletariat hat um keine Nation, nur um die internationale Befreiung aus dem kapitalistischen Sklavenjoch zu kämpfen.

Die Kleinbürgerlichkeit geht aber noch weiter:

„Zu allererst kämpfen wir um **anständige! Löhne.**

Das ist die Logik der Lage, wenigstens wie wir Kommunisten das sehen und der wir zum Siege verhelfen wollen.

Eine der H a u p t forderungen unseres Programms ist: für die Arbeitslosen eine öffentliche Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsgelegenheit."

Zu dieser sozialdemokratischen Logik können wir wirklich nichts mehr sagen. Angesichts der Todeskrise des Kapitalismus!

Ganz offen und den eigentlichen Zweck seiner Opferung zeigt Rakosi wie folgt:

„Wenn wir die Anerkennung Sowjetrußlands, für die Aufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland kämpfen, so kämpfen wir für Arbeitsgelegenheit, für die ungarischen Proletarier, gegen die Regierung, die dem Proletariat gar keine Arbeitsgelegenheit bietet."

Hierzu noch das Verlangen nach der Legalität der „Kommunistischen" Partei, dann haben wir den Schlüssel zum Rakosi-Prozeß.

Rakosi und seine Genossen opferten sich den Interessen des russischen Kapitalismus.

Das muß über alle Sentimentalität hinweg gesagt werden. Furchtbar!

Diese heroischen großen Opfer wären wert für den Kommunismus gebracht zu werden.

Lernen die Proletarier hieran wenigstens den ungeheuer schädlichen ideologischen und praktischen Einfluß der durch den russischen Kapitalismus beherrschten 3. Internationale.

Dann sind auch die ungarischen Opfer nicht nutzlos.

Rußland und Ungarn

Anbahnung „normaler" Beziehungen.

Budapest, den 29. Juli 1926.

„Die Schmährede des Staatsanwalts im Rakosi-Prozeß gegen Sowjetrußland provozierte **eine Erklärung des Ministerpräsidenten Bethlen, in der er eine Neuorientierung der Beziehungen Ungarns zu Sowjetrußland** ankündigt und die Aufnahme der **normalen Beziehungen zwischen beiden Staaten als ein Lebensinteresse Ungarns bezeichnet.** Die heutigen Blätter beschäftigen sich eingehend mit dieser Deklaration und eine Reihe von namhaften Politikern nimmt zustimmend Stellung dazu: so Emmerich Temesváry, der Finanzreferent der Einheitspartei, der frühere Ministerpräsident Stefan Friedrich usw., die ebenfalls die steigende Wichtigkeit der Aufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland energisch betonen."

Diese Meldung, die der „Inprekorr" Nr. 99 entnommen ist, zeigt, wie „unerbittlich" die russische Feindschaft gegenüber den ungarischen Henkern ist. Wie Herr Tschitscherin auf das Wohl beider Länder in Deutschland, in Polen, in Italien, anstößt, ohne daß er von den Schreien der politischen Gefangenen gestört wird, so wird er auch mit der „Frankenfälscherbande" im Interesse der „sozialistischen Aufbauer" anstoßen. Da dieses Geschäft wichtiger ist als Propaganda (die nur ein Brocken für das Gemüt der Arbeiter ist), werden die zu unerhörten Strafen verurteilten einen Trost darin suchen müssen, daß die Regierer Rußlands mit dem Sektglas in der Hand auch weiter die ungarischen Henker „bekämpfen".

Der paneuropäische Nationalismus der SPD.

„Für die Vereinigten Staaten von Europa."

Wie die Innenpolitik der SPD. nur noch ein Kampf um eine auf demokratischem Illusionsbetrug beruhender, möglichst innigen Interessengemeinschaft mit der eigenen Bourgeoisie ist, so entspricht auch ihre Außenpolitik denselben Grundsätzen. Auf letzterem Gebiete kann die SPD. übrigens noch unverhüllter eine konterrevolutionäre Rolle spielen, da ja hier die unklaren Arbeitermassen die Unterschiede zwischen bürgerlicher und proletarischer Politik naturgemäß noch weniger erkennen, und so durch scheinradikale Parolen in ihrem Glauben gefestigt werden, daß die Noske-Partei noch immer ein Organ des internationalen proletarischen Klassenkampfes ist. Bei dem Eintreten der Komintern-Sektionen für die nationalen Interessen des russischen „NEP."-Staates ist es endlich auch noch viel weniger überraschend, wenn die sozialdemokratische Propaganda für den Genfer „Völkerbund" sowie für die „Vereinigten Staaten von Europa" von weiten Arbeiterkreisen als eine Politik betrachtet wird, die durchaus auf der Linie des proletarischen Internationalismus liegt. Für uns ist dies um so verständlicher, da eben die im Dienste des russischen Bauernkapitalismus stehenden Komintern-Führer absolut kein Recht haben, die Sozialdemokratie des Verrats am internationalen Klassenkampfe anzuklagen.

Der heutige sozialdemokratische „Internationalismus" kommt besonders zum Ausdruck in dem Ruf nach den „Vereinigten Staaten von Europa". Diese Forderung entspringt in erster Linie dem Bestreben, die nationale Zerklüftung Europas zu überwinden durch Schaffung einer alle europäischen Staaten umfassenden Zollunion, um auf diese Weise der mächtigen Wirtschaftsgemeinschaft Amerika eine ebenso geschlossene europäische Wirtschaftseinheit entgegenzustellen. Mit anderen Worten: die europäischen Staaten sollen endlich ihre Schutzzollmauern unter sich niederreißen, damit sie durch Zusammenschluß zu einer großen Wirtschaftskoalition der Vormachtstellung Amerikas gegenüber stärker dastehen. Obwohl es nun klar auf der Hand liegt, daß durch die Schaffung eines solchen Pan-Europa absolut nicht die eben auf anderem Gebiete liegenden Ursachen der ökonomischen Krise des europäischen Kapitalismus zu beseitigen, ist es immerhin charakteristisch, daß diese am lautesten von der Sozialdemokratie vertretene Forderung auch in kapitalistischen Kreisen auf fruchtbaren Boden fällt. So kann der „Vorwärts" Nr. 343 triumphierend feststellen:

„Der Gedanke der europäischen Zollunion zieht immer weitere Kreise. Die Vertretung der deutschen Arbeitgeber, der R e i c h s v e r b a n d d e r d e u t s c h e n I n d u s t r i hat sich vor einem halben Jahre für die Niederlegung der europäischen Zollschranken eingesetzt, und sogar der Präsident der P r e u ß i s c h e n H a u p t l a n d w i r t s c h a f t s k a m m e r hat wiederholt auch für die Landwirtschaft auf den Vorteil einer solchen Vereinigung Europas hingewiesen."

Darüber hinaus besteht sogar ein „Verband für europäische Verständigung", in welchem nach dem „Vorwärts" vom 29. Juli neben bürgerlich-pazifistischen Reformaposteln die Sozialdemokraten Hörsing, Köster, Leipart, Löbe, Noske, Radbruch, Severing, Sollmann und Wissell mit Stresemann, Marx, Geßler, Reinhold, Luther, Külz u. a. kapitalistischen Interessenvertreten einträchtig beisammen sitzen. An dieser weitgehenden Arbeitsgemeinschaft kann schon jeder urteilsfähige Proletarier deutlich erkennen, daß der „Internationalismus" der Sozialdemokratie weiter nichts ist als paneuropäischer N a t i o n a l i s m u s im Interesse der deutschen Kapitalistenklasse.

Den Ruf der SPD. nach den „Vereinigten Staaten von Europa" kann das klassenbewußte Proletariat darum nur beantworten mit der Stellung des Gründungskongresses (1919) der III. Internationale: **„Anstatt der Losung einer Internationale der revolutionären Arbeiterrepubliken wird die Losung einer Vereinigung scheinbarer Demokratien, die durch eine Koalition des Proletariats mit den bürgerlichen Klassen erreicht werden soll, ausgegeben,"** sowie mit der Erklärung („Gegen den Strom"): **„Die Reformisten und Pazifisten sind Leute, denen, einer allgemeinen Regel zufolge, in dieser oder jener Form dafür gezahlt wird, damit sie die Herrschaft des Kapitalismus mittels kleiner Reparaturen, die sie ausführen, festigen; damit sie die Volksmassen beschwichtigen und sie vom revolutionären Kampfe ablenken".** Also nicht Festigung des Kapitalismus durch kleine Reparaturen an der zerrütteten bürgerlichen Ordnung, nicht Kampf um die Vereinigung der kapitalistischen Staaten Europas können die Forderungen einer internationalen proletarischen Klassenpolitik sein, sondern nur kompromißloser Klassenkampf um den Sturz der Bourgeoisie in jedem Lande. Erst wenn in den wichtigsten Industriestaaten Europas revolutionäre Blitze in die kapitalistischen Zwingburgen einschlagen, gewinnt die Frage einer europäischen Wirtschaftsunion praktische Bedeutung für das Proletariat.

Die Lage der Arbeiter in Ungarn

Die durch die „Sanierung" Ungarns hervorgerufene permanente Wirtschaftskrise, wächst sich allmählich zu einer Krise des gegenrevolutionären Regimes aus, wobei zu bemerken ist, daß die Durchführung der Dawes-Methoden letzten Endes auf eine ganz gewöhnliche Ausplünderung der Bevölkerung zur Tilgung einer im Grunde genommenen geringfügigen Außenanleihe hinausläuft.

Politisch betrachtet, bedeutet die „Sanierung" die Abwälzung aller finanziellen Lasten auf die arbeitende Masse. Ungarn ist bekanntlich das Land des Großgrundbesitzes, das Land ungeheurer Latifundien. Der Löwenanteil an der Bodensteuer entfällt jedoch auf den kleinen Grundbesitzer. Die Großagrarier bezahlen tatsächlich nichts, da die Steuern bloß in die Gesamtsumme ihrer Schulden hineinverrechnet werden. Ueberhaupt werden die Steuern fast ausschließlich von den Arbeitern und Angestellten getragen. Die besitzenden Klassen sind in Wirklichkeit von ihnen befreit, was natürlich von den maßgebenden Regierungsstellen sorgfältig geheim gehalten wird, indem sie nur eine allgemeine Aufstellung der direkten Steuereingänge geben. Es ist also unmöglich, einen Einblick in die Verteilung der Steuerlasten und in die steuerliche Heranziehung der einzelnen Bevölkerungsgruppen zu gewinnen.

Diesen Charakter der Ausplünderung bestimmter Klassen trägt auch das letzte Budget für 1926. Die indirekten Steuern, deren ganze Last ausschließlich auf den Schultern der arbeitenden Massen ruht, haben um fast eine Milliarde Kronen zugenommen, die direkten dagegen, an deren Aufbringung auch die herrschende Klasse beteiligt ist, sind um 50 Milliarden herabgesetzt, und bilden nur 10 bis 11 Prozent sämtlicher Steuereingänge. Mit anderen Worten, die herrschende Klasse hat höchstens ein Zehntel sämtlicher Steuern zu zahlen.

Wie werden nun die Gelder verausgabt? Unter den Angaben des Reichshaushalts sind für die Hebung der „Volkswohlfahrt" fast gar keine Summen vorgesehen, dafür ist aber die Aufwandsentschädigung für den „Hof" des Henkers der Arbeiterklasse, des Reichsverwesers Horthy, auf 1,16 Milliarden Kronen erhöht. Für Horthy persönlich war anfänglich die stattliche Summe von 68 Millionen Kronen monatlich ausgeworfen, die jedoch auf Antrag des Premierministers Bethlen vom Parlament auf 100 Millionen Kronen abgerundet wurde. Für die politische Polizei sind in diesem Jahre 29 Milliarden mehr bereitgestellt als im vorhergegangenen Jahre. Die (faschistische) Streikbrecherorganisation, der sogenannte „Nationale Arbeiterschutz" erhält eine staatliche Zuwendung von 7,7 Milliarden Kronen. Der Betrag für Bildungszwecke dagegen ist gegenüber dem Vorjahr um 16 Milliarden gekürzt worden. Mehr als 600 Lehrer in den Volksschulen wurden abgebaut. Die für Ferienkolonien bereit gestellte Summe beträgt den fünften Teil der persönlichen Einkünfte des Reichsverwesers Horthy. Zur „Linderung der Notlage breiter Massen" sind 5 Milliarden bereitgestellt. (Man vergleichen diesen Betrag mit der oben angeführten Summe von Subvention an die Streikbrecherorganisationen.) Für Seuchenbekämpfung ist die geringfügige Summe von 3,3 Milliarden ausgeworfen, die Pfaffen aber erhalten eine Erhöhung ihrer Bezüge um insgesamt 6,5 Milliarden Kronen. Die Unterstützung der Kriegsinvaliden „denkt man" hinaufzusetzen, aber auch dann wird sie höchstens den dritten Teil der Aufwendungen für die politische Polizei ausmachen.

Die angeführten Daten liefern noch lange kein vollständiges Bild von dem, wie die ungarische Bourgeoisie und das Großbesitzertum im Lande wirtschaften. In Ergänzung des bereits Gesagten wollen wir noch auf den Charakter und auf die Verwirklichung der „Bodenreform" hinweisen, wobei zu bemerken ist, daß diese für Ungarn eine Schicksalsfrage ist. Sie bestimmte das Geschick der ungarischen proletarischen Diktatur, die eine ganze Reihe von den ungarischen Kommunisten inzwischen eingesehene Fehler beging. Während aber die Fehler der ungarischen Sowjetregierung von damals bei der Lösung der Bodenfrage auf die Unerfahrenheit des Proletariats zurückzuführen sind, ist es der gegenwärtigen Regierung mit Rücksicht auf die Klasseninteressen der Großgrundbesitzer unmöglich, eine für die Bauernschaft befriedigende Lösung zu finden. Ohne hier eine eingehende Untersuchung anzustellen, sei darauf hingewiesen, daß die heuchlerische Demagogie der gegenwärtigen Machthaber in Ungarn in der Frage der „Bodenreform" gescheitert ist. Die Bauern bekamen kein Land, das Gesetz ist schon längst begraben worden. Deswegen verlor aber dieses Problem nicht seine Aktualität. Mag ein politischer Skandal den anderen ablösen, die Notlage der ungarischen Bauern und Landarbeiter, die schwere Faust des feudalen Adels, die auf ihnen lastet, der immer größere Widerstand, den die Großgrundbesitzer jeglicher Reform entgegensetzen: all dies ist nur dazu angetan, die Kardinalfrage zuzuspitzen.

Das ungarische Proletariat übt nach wie vor die wirtschaftlichen Funktionen aus, zu denen es durch die herrschenden Klassen verurteilt ist, d. h., es muß sich abschinden, um den Preis für die „Sanierung" zu entrichten. Die Lage des Proletariats wird durch folgende Hauptmerkmale gekennzeichnet: Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, Abschaffung des Achtstundentages (die Arbeitszeit ist bis auf 12 Stunden verlängert), die Arbeitslöhne sind auf 58 Prozent der Vorkriegslöhne, die Lebenshaltung der Arbeiter zahlenmäßig ausgedrückt auf 40 bis 50 Prozent gesunken. Die Arbeiter verelenden immer mehr und mehr; im besonderen gilt dies von den qualifizierten Arbeitern, die einst die Rolle der Arbeiteraristokratie spielten. Die Reihen der unteren Schichten der Arbeiterklasse werden durch den Zustrom der Bauern aufgefüllt, die sich dem Druck der Großgrundbesitzer durch die Flucht in die Stadt entziehen. Die Selbstmorde aus Not und Verzweiflung sind erschreckend trotz der Wachposten, die die Bethlenregierung an den Donauufern postiert hat, die die Aufgabe haben sollen, die Selbstmorde durch Ertrinken in der Donau zu verhindern.

Die ungarischen Gewerkschaften, welche die großen Massen des ungarischen Industrieproletariats umfassen, haben sich wie überall nicht nur unfähig erwiesen, den proletarischen Klassenkampf gegen die unerhörten Maßnahmen des weißgardistischen Regimes Horthy-Bethlen und gegen die brutale Offensive der politischen Reaktion zu leiten, sondern sie sind es auch deren andauernder Verrat in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzig dasteht. In keinem Lande der ganzen Welt haben die Gewerkschaften eine so schmähliche Rolle gespielt als in Ungarn. Sie, die von der Sozialdemokratischen Partei geleiteten Gewerkschaften, sanken so tief, daß sie, als sich in den Straßen wahre faschistische Blutorgien abspielten, und zwei Redakteure des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei, Somogyi und Basco ermordet wurden, der faschistischen Regierung die „schwieligen Arbeiterhände" zur Hilfe anboten.

Es muß hierbei noch auf eins hingewiesen werden: In Ungarn bilden bekanntlich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei eine einzige Organisation, nicht nur faktisch, sondern auch formal, da jedes Gewerkschaftsmitglied auch gleichzeitig Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Und so bilden die Mitglieder des Zentralvorstandes der Partei zugleich auch den Gewerkschaftsrat. Diese Führerklique sind die korruptesten Exemplare der Arbeiterbewegung. Die größte Entrüstung der Arbeitermassen gegen dieses Führertum, rief der berüchtigte Pakt hervor, der zwischen den Mitgliedern des Zentralvorstandes der Sozialdemokratischen Partei und denen des Gewerkschaftsrates und andererseits mit dem Premierminister Bethlen abgeschlossen wurde. Die schmachvollen Bedingungen dieses Abkommens, so die Nichtzulassung einer Eisenbahnerorganisation, die Einstellung der Agitation unter den Landarbeitern, die Ausnutzung der internationalen Beziehungen der Sozialdemokraten zur Festigung der Autorität der weißen ungarischen Regierung im Auslande, Verschweigen und direktes Ableugnen der terroristischen Haltung der Regierung den Arbeitern gegenüber usw., brachten endlich die Geduld zum Platzen. Als jedoch eine linke Opposition entstand, war sie unerhörten Verfolgungen seitens der Partei- und Gewerkschaftsleitung ausgesetzt, was zur Spaltung der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei und zur Schaffung einer Ungarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter der Leitung des Bauarbeiters Stefan Vagi führte.

Diese abgespaltene Partei, welche die Kompromißpolitik der Sozialdemokraten, die Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien, den Terror innerhalb der Gewerkschaften bekämpfte, hatte bald unter der breiten Masse eine gewisse Popularität errungen. Darauf setzte eine Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen die Arbeiterpartei ein. Die sozialdemokratische Parteileitung bezichtigte sie einerseits der Beziehungen zu den Faschisten, andererseits der Beziehungen zu den Kommunisten. Ja, sie scheuten nicht davor zurück, die leitenden organisatorisch arbeitenden Personen bei der Polizei zu denunzieren, so daß es bald zu einer großen Reihe von Verhaftungen (darunter Vagi) kam. Der eben beendete Rakoski-Prozeß hat über die schmähliche Rolle der ungarischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten vieles ans Tageslicht gebracht. Die Kommunistische Partei existiert in Ungarn illegal, wie überhaupt jede Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation unter Strafe gestellt ist. Die ungeheure Hetze der Sozialdemokraten hat viele Genossen ans Messer geliefert. Rakosi, der bekanntlich die Organisation der Kommunisten leitete, wurde durch die Denunziation der Sozialdemokraten am 22. September 1925 verhaftet. Die Gewerkschaften spielten die Rolle eines Agent provocateur, denn das amtliche Communique der politischen Polizei spricht von den „wertvollen Hinweisen der Gewerkschaften". Ueber den Prozeß Rakosi und Genossen ist selbst an anderer Stelle der „KAZ" geschrieben worden, so daß sich dies hier erübrigt. Die augenblicklichen innerpolitischen Widersprüche in Ungarn spitzen sich immer mehr zu, die Proletarier sind für revolutionäre Anschauungen zugänglich und die Folge ist eine Linksentwicklung innerhalb der ungarischen Arbeiterbewegung. Die ungarischen Proletarier werden in absehbarer Zeit vor das Entweder- oder -Oder gestellt werden.

Die „K. A. Z." ist in Not!

Sammelt für den Pressefonds! Rechnet pünktlich ab! Werbt!

Die schwarz-rot-goldene KPD.

Soest, 29. Juli.

(„Berliner Tageblatt.") In diesen Tagen findet hier die 6. Reichstagung der deutschen Windthorstbünde statt, zu der Vertreter aus allen Landesteilen erschienen sind. Kurz vor der Tagung beriet die Stadtverordnetenversammlung darüber, ob am kommenden Sonntag die Stadtflagge oder die Reichsfarben gehißt werden sollten. **Auf Initiative der Zentrumspartei** gelang es, mit 14 zu 9 Stimmen einen Antrag durchzubringen, wonach die städtischen Gebäude bei allen Gelegenheiten an erster Stelle die verfassungsmäßigen Reichsfarben zeigen müssen. Für den Antrag stimmte das Zentrum, die Sozialdemokraten und **die Kommunisten.**

Die KPD. muß aus purer Angst von der SPD. als „Steigbügelhalter der Reaktion" angeprangert zu werden, für das „kleinere Uebel" sein, und da die KPD. die Massen schon so sozialdemokratisch erzogen hat, daß sie an ein „kleines" und ein „großes" Uebel glauben, konnte sie eine wirklich revolutionäre Haltung auch gar nicht mehr vor ihren eigenen Anhängern verantworten. Die Arbeiter jedoch, die glauben, daß man Arm in Arm mit dem Pfaffentum die „Reaktion" bekämpfen kann, sind in der Tat reif — für die KPD.

Die „Bolschewisierung" der Bourgeoisie marschiert

Ueber die wachsende Zufriedenheit der Kapitalistenklasse mit der russischen „NEP."-Wirtschaft unterrichtet die folgende charakteristische Notiz des „Mitteilungsblattes" (Nr. 19) der ausgeschlossenen KPD.-Linken:

Es ist sonderbar. Während wir und die Arbeiter in „Sowjetrußland" immer „antibolschewistischer" werden, werden die Kapitalisten aller Länder immer „bolschewistischer". Während wir den immer weiteren Abbau sozialistischer Ansätze in Rußland beklagen, ist **die Bourgeoisiepresse aller Länder ob des neuen Kurses in Rußland des Lobes voll.** Die „K ö l n i s c h e Z e i t u n g", das halbamtliche rheinische Kapitalistenhauptblatt, schreibt über die letzte Neuformung der Landnutzung in Rußland am 19. 7. 26:

„Seit dem Tode Lenins, mehr noch seit Verdrängung Sinowjews und seiner Freunde — am meisten aber seit der Diktatur Dschersinski-Stalin — **bröckeln in Räterußland die krassen Maßnahmen des sogenannten Kriegskommunismus allmählich ab.** Der Kampf der Leninisten gegen die Kompromißler spielte sich unter schweren Erschütterungen der KPR. ab, aber erst die regelrechte Kaltstellung Trotzkis und Sinowjews besiegelte das Schicksal der Opposition. **Jetzt, nach dem vollständigen Sieg der Kompromißler, bringt jeder Monat, jede Woche die Preisgabe irgendeiner wichtigen räterussischen Errungenschaft.**

Das l e t z t e g r o ß e E r e i g n i s in dieser Richtung war **die Freigabe des Privathandels im Innern.** Nun geht es, und das ist von größter Bedeutung, an die **grundlegende Aenderung des Gesetzes über die Landnutzung. Der neue Gesetzentwurf**, der kürzlich vom Kleinen Rat der Volkskommissare genehmigt wurde, **ist eine glatte Bankerotterklärung der unmöglichen Landausnutzungsverordnungen aus Leninscher Zeit.** Nach dem neuen Gesetzentwurf ist allerdings das ganze Land nach wie vor Eigentum des Staates. Zieht man aber die folgenden vier grundlegenden Aenderungen in Betracht, so wird es jedem klar, **daß der Staat als alleiniger Eigentümer des Landes nichts weiter als eine papierne Formel ist, die nur dazu da ist und dazu da sein soll, den Schein zu wahren.**

Der Gesetzentwurf sieht vor:

1. Der Nutznießer hat das Recht, seinen Landteil f r i s t l o s zu bebauen. (Das ist schon fast persönlicher Landbesitz, nur der Eigentumsbegriff mit einem Kaufrecht fehlt, ist aber auch unwesentlich und nicht einmal segensreich) (!)
2. Der Nutznießer hat das Recht, **sein Land an einen anderen Nutznießer zeitweilig zu überlassen.** (Damit lebt das bisher verbotene P a c h t v e r h ä l t n i s wieder auf.)
3. Der Nutznießer hat das Recht, **nach eigenem Ermessen Hilfskräfte zu beschäftigen.** (Hierin liegt die amtliche Erlaubnis für einen bislang verpönten Großbetrieb) (!).
4. Es wird das Recht erteilt, mit dem Staat **langfristige Landnutzungsverträge** abzuschließen. (Das ist weiter nichts als eine verschleierte Form des Kaufes.)

Man sieht, **daß von dem ursprünglichen räterussischen Landnutzungsgesetz nichts übrigbleibt als das ständige krampfhafte Betonen des „Nutznießers".** Eigentlich aber bedeutet das neue Gesetz eine beginnende F o r t s e t z u n g der unterbrochenen großen S t o l y p i n s c h e n B o d e n r e f o r m, den beginnenden Abbau des alten Systems."

Das rheinische Kapitalistenblatt nennt die früheren staatssozialistischen Maßnahmen „kraß" und „unmöglich" und die volle Wiedereinführung des kapitalistischen Ausbeutersystems auf dem Lande die beginnende Fortsetzung der „g r o ß e n" Stolypinschen Bodenreform. Das rheinische Kapitalistenblatt stellt sich mithin durchaus auf den Boden der „neuen Taktik" des russischen Staates, der Komintern und ihrer deutschen Söldner. Wir gratulieren zu diesem Erfolge. **Die „Kölnische Zeitung" ist „bolschewisiert". Wir armseligen Kommunisten aber vermögen in der Preisgabe der russischen Revolution an die Börsenhyänen und Großagrarier nichts Lobenswertes zu erkennen.** Wir werden uns daher von den russischen kapitalistischen Machthabern auch weiter als „Antibolschewisten" beschimpfen lassen müssen.

Die Zusammenschlußbestrebungen im Bürgertum

Als die 1923 drohende proletarische Revolution abgewendet wurde, schritt das Bürgertum in Deutschland zu einer sich immer schärfer ausprägenden Offensive gegen die deutsche Arbeiterklasse. Mit Hilfe der Ermächtigungsgesetze, die den Koalitionsregierungen mit Zustimmung der Sozialdemokratie erteilt wurden, baute man die sogen. Errungenschaften der Novemberrevolution radikal ab. Die in Zeiten der Gefahr von der Bourgeoisie erzwungenen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik wurden immer mehr rückgängig gemacht. Innerhalb des Bürgertums selbst waren die Meinungen darüber geteilt, ob die Absichten der Schwerindustrie auf rücksichtslosen Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der sozialen Fürsorge zur Richtschnur der Politik des gesamten Bürgertums wird. Die erst unlängst erlebten sozialen Erschütterungen wirkten lähmend auf Initiative und Vorgehen der Bourgeoisie. Andererseits erlaubte die parlamentarische Zusammensetzung die konsequente Durchführung der Ziele der Schwerindustrie nicht.

•

Doch je mehr sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschärfte, je mehr die Arbeitslosigkeit zu einer Massenerscheinung wurde und die Not der breiten Massen stieg, desto eindringlicher mahnte die Situation das Bürgertum zur Abkehr von ihrem zaudernden Handeln. Die Gefahr einer heraufsteigenden sozialen Revolution verfehlte nicht ihre Einwirkung auf die bürgerlichen Parteien. Sehr bezeichnend für die Gestaltung der Meinungen innerhalb des Bürgertums war die Bildung der sogen. „Nationalliberalen" und „Liberalen Vereinigung". Die „Nationalliberale Vereinigung" entstand durch Abspaltung einiger im Dienste der Schwerindustrie stehenden Mitglieder der deutsch-volksparteilichen Reichstagsfraktion und Partei kurz vor den Dezemberwahlen 1924 zum Reichstag. Die „Liberale Vereinigung", eine Absplitterung von der Demokratischen Partei, setzte sich zum Ziel, den Zusammenschluß der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu einer sogen. Liberalen Partei. Die „Liberale Vereinigung" entstand 1925. Zu diesen sehr charakteristischen Kennzeichen einer Wandlung innerhalb des deutschen Bürgertums hat sich neuerdings ein Aufruf der Fraktion der „Preußischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat", die aus Angehörigen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und anderer rechtsgerichteten Parteien besteht, zugesellt. Dieser am 29. Juni 1926 von Frhrn. v. Sayl und Dr. Jarres unterzeichnete Aufruf wendet sich an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen Partei mit der Anregung, eine Arbeitsgemeinschaft dieser beiden Parteien, um „dem Ansturm der internationalen und staatszerstörenden Kräfte" entgegenzutreten, zu bilden. Der Aufruf hat schon ganz recht, wenn er den „Zusammenschluß g l e i c h g e r i c h t e t e r Gruppen unter Verzicht auf oft nur ä u ß e r l i c h e Trennungsmerkmale" fordert.

•

Es ist für jeden Einsichtigen klar, daß hier die Schwerindustrie ihre Hand im Spiele hat. Sowohl in der Volkspartei wie in der Deutschnationalen Partei übt die Schwerindustrie einen maßgebenden Einfluß aus. Um ihre schon von langer Hand vorbereiteten Absichten durchzusetzen, würde ein solcher Zusammenschluß nur förderlich sein. Denn eine solche Arbeitsgemeinschaft, wie sie von den Inspiratoren des Aufrufs gedacht ist, würde eine sehr starke Anziehungskraft auf die übrigen bürgerlichen Parteien, wie die Demokratische Partei und das Zentrum ausüben. Die Sehnsucht der Schwerindustrie, der Bürgerblock, würde einen gewaltigen Schritt nach vorwärts durch die Bildung der erwähnten Arbeitsgemeinschaft gemacht haben. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß bei der derzeitigen Parteikonstellation im Reichstag die Ziele der Schwerindustrie nur dann auf Erfolg rechnen können, wenn das Zentrum und damit auch schon die Demokraten den Bürgerblockgedanken annimmt. Das Zentrum bildet heute das Zünglein an der Wage, bei allen Plänen der Schwerindustrie. Um das Zentrum zu gewinnen, beobachten wir schon seit längerer Zeit eine Umstellung der Deutschnationalen. Immer mehr wenden sie sich von der demagogischen Bekämpfung der bisherigen Außenpolitik ab und wollen sich auf den „Boden der Tatsache" stellen. Im Herbst dieses Jahres, wenn Deutschland endgültig als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen wird, wird es für die bisherige Einstellung der Deutschnationalen ein Leichtes sein, den ihnen folgenden Massen plausibel zu machen, daß man die durch den Völkerbundseintritt Deutschlands geschaffene Situation vorläufig nicht ändern kann und daß man sich damit abfinden muß. Der Weg zum Eintritt in die Regierung der Deutschnationalen wird somit ohne Erschütterung ihres Einflusses bei den Wählermassen frei werden.

•

Dieser Gefahr des Eintrittes der Deutschnationalen in die Reichsregierung und der Einbeziehung des Zentrums in die Rechtskoalition will der Aufruf des ehemaligen Reichskanzlers Wirth, eines Zentrumsmannes, entgegentreten. Er ruft Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum zur Bildung einer „Republikanischen Union" auf. Wirth, als der Vertreter der Fertigindustrie, die nicht in Abhängigkeit von der Schwerindustrie steht, sieht die heraufziehende Gefahr einer ausschließlichen schwerindustriellen Politik in Deutschland. Die gewaltige Arbeitslosenarmee, die zugleich das Gespenst einer proletarischen Revolution heraufbeschwört und den rücksichtslosen Lohnabbau wie Arbeitszeitverlängerung begünstigt, wird doch den Unkenruf eines Wirths nicht zu dem machen, was er beabsichtigt und hofft. Die bürgerlichen Parteien werden früher oder später, offen oder verhüllt, sich den ausschlaggebenden Einflüssen der Schwerindustrie beugen müssen. Wir müssen zwar auf die verschiedenen Hemmnisse, die einem Rechtsblock im Wege stehen, hinweisen, aber letzten Endes wird die Bourgeoisie ihre einheitliche Front gegen die Arbeiterklasse aufrichten. Die langsam steigende Not macht schließlich auch die rückständigen Zentrumsarbeiter rebellisch. Und die Wählerschaft des Zentrums besteht doch zu 60 Prozent aus Arbeitern, hauptsächlich in Rheinland-Westfalen, Oberschlesien und im Saargebiet. Diese Tatsache zwingt die Zentrumsführer zu einer Zickzackpolitik, die den Arbeitern ihren schwerindustriellen Kurs verhüllen soll. Jedenfalls sind die Einflüsse der Schwerindustrie im Zentrum so stark, daß es sicher, aber unter allerlei Windungen und Ausflüchten im Herbst eine Koalition mit den Deutschnationalen eingehen wird. Das wird selbstverständlich die Arbeiterschaft im Zentrum weiter von ihr abdrängen, wie es schon zum Teil durch die Gründung der „Christlich-sozialen Reichspartei" geschehen ist.

Zum Aufruf Wirths verhält sich die Sozialdemokratie reserviert. Sie ist in bezug auf das Zentrum mißtrauisch. Im „Vorwärts" vom 26. Juli d. J. nimmt Sollmann in einem Artikel „Das Zentrum und wir" Stellung zum Aufruf Wirths. Er stellt fest, daß das Zentrum „äußerlich eine leichte Schwenkung nach links" vorgenommen hat. Sollmann verweist darauf, daß Stegerwald auf dem Parteiausschuß verkündet hat: „Machen wir Politik mit links, dann haben wir Fühlung nach rechts zu halten und umgekehrt". Dazu schreibt Sollmann:

„D a s, in der Tat, ist gute Zentrumstradition und echte Zentrumspolitik. D a r i n wird die Gesamtpartei grundsätzlich nie sich ändern, solange sie nicht selbst sich aufgeben will, solange sie also an dem Bemühen festhält, Monarchisten und Republikaner, Konservative und Christlichradikale, Autokraten und Demokraten, Kapitalisten und Arbeiter, Landbarone und Bauern unter der Kuppel des politischen Katholizismus zu vereinen."

„Bei aller Bereitwilligkeit zu Koalitionen wird daher keine Partei sich mehr zumuten, **als die Masse ihrer Anhänger an materiellen und ideellen Opfern ertragen kann.**"

Die Sozialdemokratie stützt sich auf Arbeiter und Kleinbürger, und wenn sie ihren Kredit bei den Massen nicht verlieren will, muß sie insbesondere in Zeiten der wirtschaftlichen Krisen Opposition spielen. Sonst ist ihre Rolle als Partei ausgespielt. Wir geben zu, daß die Interessen der an Regierungsämtern beteiligten sozialdemokratischen Führern ein offenes Preisgeben jeder Opposition erheischt, aber die Einflüsse dieser Schicht in der Sozialdemokratie sind heute nicht ausschlaggebend.

Sehr interessante Ausführungen zur Frage der „Republikanischen Union" macht in der „Frankfurter Zeitung" vom 24. Juli d. J. Rudolf Breitscheid. Er schreibt:

„Ja, was nützt es uns, so wird gefragt, wenn wir Minister haben, die sich zur Republik bekennen und die doch eine un- und antirepublikanische Bürokratie wirtschaften und herrschen lassen? — — — **Praktisch kommt nicht viel anderes heraus, als wenn die Deutschnationalen am Ruder wären** und diese Erkenntnis ist es — — — die auch in den Reihen der Sozialdemokratie an der Zweckmäßigkeit einer engeren Gemeinschaft mit Zentrum und Demokraten Zweifel entstehen läßt." Weiter erklärt Breitscheid:

„Für die Sozialdemokratie könnte jedenfalls eine ausreichende Rechtfertigung der Teilnahme an der großen Koalition nicht darin gefunden werden, daß auf diese Weise das Zustandekommen einer Regierung der Rechten verhindert würde. — — — Wir lehnen auch die große Koalition nicht grundsätzlich ab, aber wir müssen die Garantie haben, daß sie uns keine Opfer zumutet, die wir vor der Arbeiterschaft nicht verantworten können."

Aber glauben denn die Sozialdemokraten, daß, wenn sie nicht als Steigbügelhalter der Schwerindustrie dienen werden, sie überhaupt Aussicht auf eine Regierungsteilnahme hätten? Eben weil heute die Krise wütet, braucht das Kapital die SPD. als Rückendeckung, in weniger krisenhaften Zeiten wird dem Kapitalsknecht die Tür gezeigt.

Wir wollen nochmals zusammenfassen: Die Zusammenschlußbewegungen innerhalb des Bürgertums sind unverkennbar. Sie sind eine Folge der Zuspitzung der sozialen und politischen Situation. Obwohl parteipolitische und persönliche Hemmnisse das Zusammenschmelzen der meisten rechtsgerichteten Parteien verzögern, doch wird es angesichts der andauernden Zuspitzung der Situation nicht aufgehalten werden. Ueber kurz oder lang werden wir eine einzige reaktionäre Phalanx des Bürgertums der Arbeiterschaft entgegengestellt sehen.

Rußland

Das russische Budget.

Der Budgetvoranschlag Rußlands für das Wirtschaftjahr 1926/27 balanziert mit 4586 Millionen Rubel, was gegenüber dem laufenden Jahr eine Erhöhung um 577 Millionen Rubel bedeuten würde. **Das Steuereinkommen** soll um 16 bis 17 Proz. auf 2075 Millionen gesteigert werden, während die Verkehrsinstitute 330 Millionen Rubel mehr einbringen sollen. Die übrigen wirtschaftlichen Betriebe der Union sollen gleichfalls **100 Millionen Rubel mehr abwerfen** als im laufenden Jahre. Auf der Ausgabeseite erscheinen wieder die Verkehrsinstitute mit einem Mehr von 330 Millionen Rubel. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sollen 131 Millionen Rubel mehr ausgegeben werden, für die Budgets der einzelnen Republiken 155 Millionen Rubel. Die Spezialfonds der Regierung sollen von 424 Millionen Rubel auf 286 Millionen verkleinert werden. **Charakteristisch für den neuen Vorschlag ist die Absicht, den Verkehrsapparat nur noch in gleichem Maße weiter auszubauen, als sich seine Einnahmen erhöhen.** Wahrscheinlich in Voraussicht dieses Planes haben die Ministerien in diesem Monat **eine dreißigprozentige Erhöhung der Tarife** durchgeführt. Wie angesichts dieser gewaltigen Erhöhung der befohlene zehnprozentige Preisabbau in der Gesamtwirtschaft durchgesetzt werden soll, ist rätselhaft. Die Mehrausgaben an die einzelnen Budgets der Bundesrepubliken sind notwendig geworden, weil diese bisher immer großes Defizit gehabt haben. Ob es gelingen wird, aus der mit Steuern noch heute kolossal belasteten geldarmen Wirtschaft weitere 200 Millionen herauszupressen, wird von den Verfassern des neuen Budgets selbst bezweifelt.

Die Rationalisierung in Rußland.
Auf Kosten der Arbeiter.

Der Leningrader Berichterstatter der „Trud" beklagt sich über die Haltung der Leningrader Wirtschaftsorgane bei der Durchführung des „Sparsamkeitsregimes":

„Die Aufgabe der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber der allzu eifrigen Durchführung des Sparsamkeitsregimes in den Betrieben wird für die Gewerkschaften öfters erschwert durch das wenig begründete Bestreben der Wirtschaftler, **ihre Bemühungen auf die Herabsetzung der Arbeitslöhne und die Verschlechterung der Lage der Arbeiter zu richten.**

Dies kann **fast in allen Industriezweigen** beobachtet werden. So ist beispielsweise der Schiffsbautrust an die Bezirksverwaltung des Metallarbeiterverbandes mit der Anregung herangetreten, einige Bestimmungen des Tarifvertrages **bezüglich der Frage des Ergänzungsurlaubs zu revidieren.** Der Ledertrust **lehnt die Gewährung solches Urlaubs überhaupt ab,** obgleich er im geltenden Tarifvertrag vereinbart ist. Eine **Abänderung** des kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrages verlangt auch der **Optisch-Mechanische Trust.** Wir erfahren von Versuchen, die tarifvertraglich für bestimmte Zeit festgesetzten **Lohnsätze herabzudrücken.** Auf der letzten **Konferenz der Textilarbeiter** wurde mitgeteilt, daß in einigen Betrieben versucht wurde, **die Bezeichnungen der Fabrikate abzuändern, damit sie nicht unter die in den Tarifverträgen festgelegte Rubrizierung fielen** und neuen Tarifbestimmungen unterworfen werden könnten. Es werden auch Fälle beobachtet, wo sich die Trusts der Durchführung verschiedener Bestimmungen in Bezug auf verschiedene Betriebsabgaben sowie auf Ausgaben für Arbeiterschutzmaßnahmen usw. entziehen." („Trud" vom 11. Juli.)

Für den denkenden Arbeiter ist es wahrhaftig nichts neues, daß sich die Rationalisierung nur auf Kosten der Arbeiter auswirken kann, ganz gleich, welche Regierung den kapitalistischen Aufbau durchführt. Nur die Arbeiter der KPD. begreifen sehr schwer, daß die russische Regierung den „Kommunismus" genau so marschieren läßt, wie einst die Ebert-Scheidemann-Noske den „Sozialismus".

Die Wohnungsfrage.

Die sogenannte „sozialistische" Akkumulation vollzieht sich im Wege der kapitalistischen Rationalisierung, d. h. im Wege einer vermehrten Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Dies kommt auch sehr klar in der Wohnungsfrage zum Ausdruck. Die „Prawda" schreibt darüber (siehe „Volkswacht" vom 30. 7., Imprekorr Nr. 99, Seite 1599):

„Diese Frage ist für das Proletariat ebenso maßgebend wie die Frage der Löhne . . . Das Plenum beschloß die Finanzierung des Wohnungsbaues zu steigern und dieser Frage mehr Ordnung und Planmäßigkeit zu verleihen."

Worin diese vermehrte Planmäßigkeit besteht, darüber findet man **in der Resolution über die Frage des Wohnungsbaues** sehr interessante Einzelheiten:

„**Es wird ferner die Heranziehung von privaten Bauunternehmern zur Sache des Wohnungsbaues als zweckmäßig und zeitgemäß anerkannt**"

und

„die Plenartagung des ZK. und des ZKK. ist der Ansicht, **daß die gegenwärtig geltende Miete unzureichend ist und dadurch zur Verschärfung der Wohnungskrise führt.**"

Also „zweckmäßige und zeitgemäße" Erhöhung der Mieten als Mittel zur Ueberwindung der Wohnungskrise durch privatkapitalistischen Wohnungsbau. Und die ganze „Planmäßigkeit" des „sozialistischen Aufbaues" auf diesem Gebiet ist entlarvt.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Aus der Bewegung

Vorwärts Genossen!
Es dämmert in der KPD.!

Unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen begann die KAP. vor nahezu sieben Jahren als Opposition der KPD.-Spartakusbund ihren Kampf um die Selbstbefreiung der Proletariermassen aus den reformistischen Fesseln, um die Schaffung der ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen der geschichtlich notwendigen revolutionären Klassenpolitik auf antiparlamentarisch-antigewerkschaftlicher Grundlage. Wie eine blutdürstige Meute fielen die Gewerkschaftspfaffen und Parlamentarier aller Schattierungen über uns her, die wir es wagten, den bisherigen Kampf- und Organisationsmethoden der Arbeiterbewegung prinzipiell den unversöhnlichen Krieg zu erklären. Mit dem sicheren Instinkt des Berufsführertums eine Gefahr für ihre gesellschaftliche Existenzgrundlage witternd, bildeten die Paul Levi und Lange, die Thalheimer und Walcher, sofort eine ideologische Einheitsfront mit den Scheidemann und Legien, mit den leibhaftigen Henkern des Spartakus, um den für sie alle lebensnotwendigen Massenbetrug des bürgerlichen Parlamentarismus und den Sozialverrat der Orgeschgewerkschaften zu retten.

Der Kampf der seit dem Heidelberger Spaltungsparteitag organisatorisch selbständigen KAP. wurde noch um ein vielfaches schwerer und opfervoller, als 1920-21 die kommunistischen Ansätze der russischen Oktoberrevolution durch die Einführung der Leninschen „Neuen Oekonomischen Politik" öffentlich liquidiert wurden. Mit der Realisierung der „NEP." setzte seitens der Komintern eine wahre Pogromhetze gegen die KAP. ein, die mit der scharfen Waffe des revolutionären Marxismus nun auch unerschrocken den rücksichtslosen Kampf aufnahm gegen die Verkoppelung der proletarischen Klasseninteressen mit den Existenznotwendigkeiten des russischen Bauernstaates. „**Ihr seid Konterrevolutionäre, bezahlte Subjekte der Antibolschewistischen Liga**", schrieen die KPD.-Führer uns in Gesicht, als wir im marxistischen Spiegel öffentlich die kapitalistischen Entwicklungstendenzen der russischen „NEP."-Wirtschaft und den Januskopf der von den Moskauer Regierungsbolschewisten politisch beherrschten III. Internationale zeigten; als wir immer wieder darauf hinwiesen, daß die einzig wirksame Hilfe für die zu schmählichen Rückzug gezwungenen russischen Proletarier nur darin bestehen kann, in Mittel- und Westeuropa den proletarischen Befreiungskampf auf der Plattform der revolutionären Klassenkampfbedingungen kapitalistisch hochentwickelter Industrieländer zu führen und ihn — unbekümmert um die jeweiligen Staatsinteressen Bauernrußlands — zur machtpolitischen Entscheidung zu treiben.

Es war ein furchtbares Ringen, das uns die russische Tragödie aufzwang. Wir wurden von den Sendboten Moskaus wie räudige Hunde gehetzt; so mancher von uns mußte schier Spießruten laufen. Die KPD.-Presse schwieg uns beharrlich tot, weil es ihr an überzeugenden Argumenten fehlte. Und wo sie ihre Schweigetaktik nicht anwenden konnte, da fiel sie mit den ebenso offensichtlichen wie gemeinsten Lügen über uns her. Wir sollten finanziell von den Geldgebern der Konterrevolution ausgehalten werden — wo viele unserer Genossen oft sich buchstäblich das Brot vom Munde absparten, damit wir nur das allernotwendigste Propagandamaterial herausgeben konnten! Die Furcht der KPD.-Führer vor dem KAP.-Geist war so groß, daß sie sogar den Terror gegen unser öffentliches Auftreten organisierten. So ist es in den vergangenen Jahren oft genug vorgekommen, daß in öffentlichen KPD.-Versammlungen unsere Sprecher von einer Prätorianergarde einfach von der Bühne gezerrt und aus dem Saal geworfen wurden. Und die Proletarier der KPD. schrien auf Befehl ihrer Parlamentarier zu solchen Orgien des leninistischen Kadavergehorsams: „Nieder mit den ‚Wirrköpfen' der KAP."

Unser bisheriger Kampf gegen die reformistisch-kleinbürgerlich verseuchte KPD. stellte geradezu unerhörte Anforderungen an jeden einzelnen von uns. Jahrelang, tagaus, tagein unter den schwierigsten Bedingungen vor allem gegen den verbrecherischen Komintern-Betrug vom russischen „Arbeiterstaat" auftreten und kein Fünkchen Sympathie in den Massen der KPD.-Proletarier finden, immer nur auf dasselbe Unverständnis, auf dieselben Gemeinheiten und Brutalitäten leninistischer Parlamentariercliquen stoßen — jahrelang Prediger in der Wüste sein: das erfordert tausendfach mehr an Energie, als Stimmzettelschlachten und Streit um Gewerkschaftsbonzen; das erfordert die ungeheure Ausdauer und Ueberzeugung des Liebknechtschen Kampfes gegen das sozialdemokratische Verbrechen des 4. August 1914. Kein Wunder, wenn in diesem titanenhaften Kampfe so mancher Kämpfer die Flinte ins Korn geworfen hat, weil ihm einfach die physischen und geistigen Kräfte ausgingen, weiterhin tagtäglich nicht nur gegen den sozialdemokratischen, sondern auch gegen den „nep"-bolschewistischen Strom des Reformismus zu schwimmen. Doch die klarsten und opferbereitesten Arbeiter der KAP. haben mit zusammengebissenen Zähnen, aller Verleumdungen spottend, durchgehalten — in der felsenfesten Ueberzeugung, daß trotz alledem auch die Zeit kommen wird, wo die Moskauer Nebel zerreißen, wo es den besten KPD.-Proletariern wie Schuppen von den Augen fällt und sie erkennen, welches konterrevolutionäre Spiel mit ihnen getrieben wird. — —

Es war ein furchtbares Ringen, der Kampf der KAP. — **doch jetzt ist der Bann gebrochen!** Es ist Bresche geschlagen in die Front des leninistischen Reformismus; aus der ungeheuren Mauer des Selbstbetruges, gegen die wir in all den vergangenen Jahren erfolglos anstürmten, bricht Stein um Stein heraus. Von Monat zu Monat sehen eine Reihe KPD.-Mitglieder trotz aller gerissener Ablenkungsmanöver der Leninistenpäpste immer mehr, daß die „NEP." der giftige Stachel war, der die Komintern tödlich in die Ferse gestochen hat. Schon seit mehr als Jahresfrist zeigen sich sichtbare Auswirkungen des Verbundenseins der Moskauer Internationalen mit den russischen Staatsinteressen: in einzelnen leninistischen Sektionen ist bereits der fanatische Glaube an das „rote" Rußland in mehr oder weniger großem Maße erschüttert, am stärksten in der KPD. Wohl wissend, daß der Zweifel der erste Schritt zu neuen vollkommeneren Erkenntnissen ist, versuchten die russischen Ekkipropheten sofort, mit Diskussionsverboten über die russische Frage sowie mit den Potemkinschen Dörfern menschewistischer „Arbeiterdelegationen" die proletarische Kritik an der regierungsbolschewistischen Unfehlbarkeit zu unterdrücken. Aber es nützte nichts: die 58 Kindsköpfe der ersten deutschen Rußlanddelegation konnten mit ihren rührseligen Märchen nur Großmütter und Schulbuben begeistern, und auch die stärkste Fessel leninistischen Kadavergehorsams ist dort wie Glas zerbrochen, wo die zum Selbstdenken erwachten KPD.-Arbeiter zur Waffe des revolutionären Marxismus griffen und den Stier bei den Hörnern packten. Die Kominternführer mögen noch so geschäftig kilometerlange Thesen über leninistische Parteieinheit und Disziplin zusammenbrauen: sie können die „antibolschewistischen" Geister nicht mehr bannen. Sie müssen ohnmächtig zusehen, wie die KPD. heute von einer inneren Krise geschüttelt wird, die sich zwangsläufig verschärft, je sichtbarer mit dem Fortschreiten der „NEP." der unüberbrückbare Klassengegensatz zwischen den nur ihre Arbeitskraft besitzenden Proletariern und den landbesitzenden Bauernmassen in Rußland wird.

Das untrügliche Klassengefühl sagt den Proletariern der selbständigen Katz-Gruppe und denen der Korsch-Gruppe in der KPD. in wachsendem Maße, daß es nie und nimmer eine in kommunistischer Richtung verlaufende Wirtschaftsentwicklung sein kann, wenn in Rußland die Mittelbauernklasse sich immer mehr gesetzliche Freiheiten zur Ausbreitung und Vervollkommnung der Lohnknechtschaft verschaffen kann, wenn von den 6 Millionen Industriearbeitern über eine Million erwerbslos ist und die Proletarierkinder massenweise im Elend verkommen, während die „NEP."-Bourgeoisie bei Austern und Sekt frißt und säuft. Daß es deshalb nicht die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter Deutschlands sein kann, dieses „rote" Rußland, diesen Kulaken-Kapitalismus weiterhin anzubeten, — diese Erkenntnis verbreitet sich ständig mehr. Nicht nur das! Einmal erst durch die harten Tatsachen auf den geraden Weg historisch-materialistischer Betrachtungsweise gedrängt, beginnen die rußlandkritischen KPD.-Mitglieder auch mehr und mehr die Zusammenhänge zwischen russischer Staatspolitik und Komintern-Praxis zu sehen; beginnen sie zu erkennen, daß die Moskauer Internationalen nur ein außenpolitisches Werkzeug des „NEP."-Kapitalismus sind, daß demzufolge die Politik der leninistischen Sektionen im wesentlichen abhängig ist von den jeweiligen russischen Staatsinteressen. Nicht von ungefähr gehen die KPD.-Bonzen mit Bannflüchen und Terrorisierung ganzer Oppositionsbezirke gegen diese Ketzer in den eigenen Reihen vor, — denn es ist der von den Moskauer Ekkipäpsten unzählige Male für mausetot erklärte KAP.-Geist, der hier springlebendiger denn je ist und die Fundamente des Leninismus unterwühlt.

Das aber ist das Sympathische an dem begonnenen Klärungsprozeß: **die bewußt gegen den Ekki-Kurs Sturm laufenden KPD.-Arbeiter** — (wozu nicht die Anhänger Ruth Fischer gehören) — **bekreuzigen sich nicht mehr vor der KAP.! Der Name KAP. ist für sie nicht mehr der Inbegriff eines bürgerlichen Antibolschewismus, weil sie jetzt selbst proletarische Antibolschewisten sind und geistige Beziehungen zum KAP.-Programm aufgenommen haben!** Und, keine eigene Presse zur Verfügung, greifen sie zur „KAZ.", weil sie ihnen eine unentbehrliche scharfe Waffe ist im Kampfe gegen den „NEP"-Bolschewismus — **und — trotz aller Parteibefehle, mit uns nicht zu diskutieren — kommen sie in einzelnen Städten des Reiches, besonders aber in der Bonzenzentrale Berlin in die öffentlichen Mitgliederversammlungen der KAP., um sich über die vom Ekki verbotenen Fragen auszusprechen!!** Die Parteiführer, die demagogischen Parlamentarier, meiden uns selbstverständlich nach wie vor wie die Pest; sie wissen sehr wohl, daß sie in der KAP. nichts zu suchen haben; sie mögen auch getrost bleiben, wo der Pfeffer wächst — aber Proletarier der KPD. treten in letzter Zeit in steigender Zahl in Verbindung mit uns — und das ist tausendmal wertvoller, als wenn sämtliche abgesägten KPD.-Götter bei uns Zuflucht suchen würden. Das ist ein Beweis im kleinen, daß die Arbeitermassen sofort von ihren „bewährten" parlamentarischen (und auch gewerkschaftlichen) Führern schnöde im Stich gelassen werden, wenn sie sich mit ihrer ureigensten Sache: mit der Praxis des revolutionären Klassenkampfes wirklich ernsthaft beschäftigen wollen.

Die klarsten der linken KPD.-Genossen sehen jetzt, daß der Kampf der KAP. gegen Kautsky und Lenin nichts weniger ist als ein Kampf um die Revolutionierung der reformistisch orientierten Arbeitermassen, nichts weniger als ein Ringen um die zur siegreichen Durchführung der sozialen Revolution notwendige politische Befähigung des Proletariats selbst. Die oppositionellen KPD.-Proletarier beginnen unsere Sprache zu verstehen, da sie die leninistische Parolenmusik teils schon als massenbetrügerische Rattenfängermelodie erkannt haben. Gewiß haben sie sich in den Fragen des Parlamentarismus, der Gewerkschaften usw. noch nicht zu einer revolutionären Entscheidung durchgerungen. Aber wenn sie in unseren öffentlichen öffentlichen Diskussionsabenden ihre Anerkennung über die Pionierarbeit der KAP. aussprechen, wenn sie hier und dort eine durchaus grundsätzliche Kritik an der gesamten Politik ihrer amtierenden Parlamentsklique üben, wenn sie die Soldatenspielerei des RFB. ablehnen und selbst drastische Beispiele der leninistischen Bonzendiktatur anführen, — so sind all diese Disziplinbrüche ein Zeichen dafür, daß die Mauer des Unverstandes gesprengt ist; daß die denkenden KPD.-Proletarier in der KAP. nicht mehr ihren Feind, sondern ihren Freund und Bundesgenossen erblicken. — —

Genossen! Nach jahrelanger Isolierung stehen wir nicht mehr allein da: Neue Proletarierschichten haben Tuchfühlung mit uns genommen. Wohl ist der Boden noch steinig, den wir zu beackern haben; aber die ersten Samenkörner sind schon aufgegangen. Versäumen wir deshalb nicht, den auf dem Wege zu uns befindlichen Klassengenossen unablässig das Gelände zu erhellen, damit sie auch die letzten Hinternisse leicht überwinden. Stelle darum Jeder seine verfügbare Kraft in den Dienst der Partei.

vorwärts ist die große Losung!

Mitteilungen

Eberswalde.

Am Mittwoch, den 11. August, abends 7,30 Uhr, **öffentlicher Diskussionsabend** im Lokal Besselbrauerei, am Kleinbahnhof. Thema: **„Die Krise in der KPD. und was will die Opposition?"** — Freie Aussprache.

Forst.

Die Ortsgruppen Forst der KAP. und AAU. tagen jeden Mittwoch (pünktlich 7 Uhr) im „Eden". Diskussion über alle grundsätzlichen Fragen des Kommunismus und seiner geschichtlichen Notwendigkeit. Leser unserer Zeitungen und Sympathisierende sind eingeladen. „KAZ." und „Proletarier" sind dort zu haben. Aufnahme neuer Mitglieder.

Groß-Berlin

14. Bezirk. Fraktionssitzung der Arbeitslosen Mittwoch, den 11. August bei Schwarzkopf, Fontainestr. 26. Matz.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Achtung! Gruppe Neukölln: Achtung!
Der Gruppenabend findet von jetzt ab Mittwochs statt! Nächster Abend Mittwoch, den 11. August, abends 7½ Uhr, bei Schwarzkopf, Fontanestr. 26.
Thema: „Was ist Eigentum?"

Gruppe Charlottenburg:
Montag, den 9. August, abends pünktlich 7½ Uhr, im Jugendheim, Am Lützow, öffentlicher Abend.
Thema: „Einführung in die proletarische Literatur."

Gruppe Lichtenberg:
Am Montag, den 9. 8., findet ein organisatorischer Abend statt.
Pünktliches Erscheinen eines jeden Genossen ist dringend geboten.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sala, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 63 — **Kommunistische Arbeiter-Zeitung** — Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Kommunismus auf Befehl?

In der „Roten Fahne" vom 8. August, ist in langen Thesen zum tausendsten Male auseinandergesetzt, was Kommunismus und „ultralinker Menschewismus" ist. Das Zentralkomitee der KPD. hat über diese Frage geschlagene zwölf Stunden diskutiert, wie es in dem Leitartikel heißt. Also ein Beweis für die „Gründlichkeit". Das Resultat ist, daß in einer Resolution die „Opposition" in Grund und Boden verdonnert wird. Gründe sind u. a.:

„Die Opposition bezeichnet die ihrem Wesen nach sozialistische Industrie als „staatskapitalistisch", was auf die Behauptung eines Ausbeutungsverhältnisses, und auf die Aufforderung zum Klassenkampf in den Betrieben des Staates der proletarischen Diktatur hinausläuft."

Man muß, um die „Gründlichkeit" dieser Resolution zu verstehen, die letzte Rede Dzerszinskis lesen. Obgleich hier die Differenzen nur angedeutet sind, weil Dzerszinski gegen die Opposition sprach, von letzterer jedoch gar keine Plattform vorliegt, geben sie dennoch genügend Aufschluß über die Differenzen innerhalb der russischen Regierungspartei. Diese Zeilen sollen auch nur dazu beitragen, den Arbeitern der KPD. das Studium der Thesen zu erleichtern, da die Absicht, die wirklichen Ursachen zu verschleiern, offensichtlich ist.

Die Krise der russischen Industrie ist eine Absatzkrise. Die Preise stehen in keinem Verhältnis zur Kaufkraft der Bauern. Die Aufschläge, die der Privathandel für erzeugte Industrieprodukte nimmt, betragen nach der Rede Dz. bis 83 Prozent. Die Genossenschaften vermitteln 11 Prozent der Waren, der Privathandel 46 Prozent. Man hat den Privathandel — sagt Dz. — „ins Bockshorn" gejagt, und ihn so gezwungen „für die ganze Unwirtschaftlichkeit in unseren (den amtlichen) Handelsorganisationen aufzukommen." Durchschnittlich kann man von einem Preisaufschlag von 60 Prozent sprechen. Die Aufschläge der Genossenschaftszentrale waren am 1. März: bei Zeug 36 Prozent, bei Zwirn 38 Prozent bei Goloschen 32, bei Eisen 42 Prozent usw. Dz. fügt dann hinzu, daß diese Aufschläge von den Genossenschaften aufgeschlagen wurden, und die Aufschläge der Genossenschaften selbst schon enthalten. Die Genossenschaften beziehen zu „Großhandelspreisen", verkaufen zu „Kleinhandelspreisen"; „folglich" — sagt Dz. — „wenn wir sie von unseren Fabrikpreisen berechnen würden, wären die Prozente höher. — „Sie sehen also, daß der Unterschied zwischen den privaten und unseren genossenschaftlichen Handelsorganisationen nicht so bedeutend ist, so ungeheuer ist, als daß er davon zeugen könnte, welche ungeheuer große Akkumulation in privaten Händen vor sich geht." ? ? ?

Dieser Wucher stieß bald auf die ihm durch die Kaufkraft gezogenen Grenzen. Um der Krise entgegenzuarbeiten gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder Verzicht auf Einfuhr, und Verzicht auf die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, und monopolistische Ausnützung der Industrie, oder Preisabbau.

Die „Opposition" vertritt den Standpunkt, daß die Bauern höhere Preise zahlen sollen, damit man die Löhne erhöhen kann, die wie Dz. zugibt, während der letzten fünf Monate „ein wenig" **gesunken sind, indem sich die Kaufkraft der Gelder, daß die Industrie den Arbeitern gab, verminderte".** Und da nicht genügend Grundkapital vorhanden ist, sagt die Opposition, muß man eben Anleihen aufnehmen, mehr Konzessionen erteilen. Man kann so wenigstens durch hohe Preise hohe Löhne zahlen. Abbau der Preise heißt Abbau der Löhne, heißt Rationalisierung, heißt verschärfte Ausbeutung. So nebenbei erfährt man in dieser Rede, das das aufgestellte Textilprogramm bewirkte, **„daß 49 000 Textilarbeiter entlassen werden mußten."** Pjatakow gibt durch Zwischenruf zu erkennen, daß er dagegen war, und Dz. antwortete ihm: „Sehen sie, sie nehmen einen „sozialpolitischen" Standpunkt ein. Ueberschüssige Arbeiter aufnehmen, und sie nicht entlassen. **Sie sind einer der größten Desorganisatoren der Industrie."**

Die Mehrheit unter Stalin will „nicht unter die Fuchtel des ausländischen Kapitals" kriechen. Ihr Programm ist Rationalisierung, Abbau, Senkung der Preise. Sie will die Produkte den Bauern billig liefern, um so den Absatz zu vergrößern. Sie will Export, aber, **„weil die Preise hoch sind** — sagt Dz. — **gibt es keinen Export."** Und, weiter: **„Man kann das Land nicht industrialisieren, wenn man mit Schrecken von dem Wohlstand des Dorfes spricht."** — — — Das Politbüro weiß, daß das Volkskommissariat für Handel zum Schutze der Bauernschaft geschaffen worden „ist." Die Mehrheit ist also für die Hilfe aus „eigener Kraft". Sie will den „nationalen Wohlstand" heben. Dazu braucht sie den Burgfrieden des Proletariats mit denen die schon reich sind, und reich werden sollen. Dieser „nationale Wohlstand" wird natürlich nicht vom Wind zusammengeblasen, sondern es ist der Mehrwert, den die Arbeiter erschuften. Den Arbeitern wird — wie wir das ja auch so schön hören hier in Deutschland — das Märchen vom „Preisabbau" vorgesetzt, als Entschädigung für die Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit. Wer es nicht glaubt, der ist vom „Unglauben an den Sozialismus" befallen. Wer diese rein kapitalistischen Methoden ablehnt, versteht nichts von der „dem Wesen nach sozialistischen Industrie." Wer im Prozeß der Kapitalsakkumulation von Ausbeutung und Klassenkampf spricht, ist ein Menschewist. Eine echt völkische Theorie wird hier als Marxismus angepriesen, und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der „Lenismus" das Prädikat als „Sozialismus der dummen Kerle" vollauf verdient.

Dieser Streit zwischen „Industrie und Landwirtschaft" tobt nicht nur in Rußland, sondern in allen Ländern. Stalin als Vertreter der Bauern ist auch der Vertreter des russischen Nationalismus. Die Opposition vertritt die Industrie, will sich auf die Proletarier wenigstens in dem Sinne stützen, um eine Basis für ihren Apparat

Der weiße Schrecken

46 Jahre Zuchthaus in Leipzig

WTB. Leipzig, 7. August. Im Prozeß gegen die bayerischen Kommunisten wurde vom Ferienstrafsenat des Reichsgerichts am Sonnabend mittag das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden unter Annahme eines besonders schweren Falles nach §§ 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes und §§ 5 und 7 des Republikschutzgesetzes verurteilt, u. a. die Angeklagten Rothärmel, Cuprian und Frank zu je 6 Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, Röger zu 10 Jahren Zuchthaus, 1000 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Köpl zu 7 Jahren Zuchthaus und 700 Mark Geldstrafe, Klebsch zu 8 Jahren 4 Monaten und 850 Mark Geldstrafe, Steindl zu 3 Jahren Zuchthaus und 3000 Mark Geldstrafe, Thaler zu 2 Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe. Gegen Cuprian und Klebsch wurde außerdem auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet erkannt. Sämtlichen Angeklagten wurde ein Teil der Geldstrafen und 5 bis 7 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Es handelt sich um ein Objekt, das nach Schätzungen von Sachverständigen einen Sachschaden von 900 Mark darstellt. Menschenleben sind nicht zuschaden gekommen. Außerdem fiel die den „Angeklagten" zur Last gelegte Tat in die Zeit der weißgardistischen Erhebung in Bayern, wo alle Demokraten nach dem „Schutz der Republik" brüllten.

Dafür 46 Jahre Zuchthaus.

Ein solches „Urteil" ist selbst vom Standpunkt einer Klasse, die damit eine Einschüchterung des Proletariats mit allen Mitteln anstrebt, unfaßlich. 46 Jahre Zuchthaus — für einen Katzendreck, das kann nicht als ein „Fehlurteil" in dem — doch so üblichen — Sinne aufgefaßt werden, sondern dieses Urteil erhellt wie ein Blitz in gewitterschwangerer Nacht grell die ganze Situation.

Die Apostel des „Arbeitsbeschaffungsprogramms" müssen bereits eingestehen, daß diese „Hilfe" wie alle ihre Betrugsmanöver ins Wasser gefallen sind. Uebrig bleibt nur der Teil des „Programms", der die Arbeitslosen den kapitalistischen Blutsaugern an Händen und Füßen gefesselt, ausliefert zu beliebiger Verwendung an beliebiger Stelle und zu beliebigen Bedingungen. Die „Einsetzung" der Arbeitslosen an allen Stellen des Reiches und die unerbittliche Entziehung der Unterstützung im Weigerungsfalle macht die Erwerbslosen zu absoluten Leibeigenen im entsetzlichsten Sinne des Wortes, und liefert dem Unternehmertum Sklaven zu garantiert nie dagewesenen Bedingungen.

Aber die Krise wächst. Es steigt die Not, das Elend, die Verzweiflung. Das letzte Mittel, das die herrschenden Klassen glauben zur Verfügung zu haben, das ist die Justiz, die durch solche Demonstrationen ein Millionenheer Verhungerter in Schach halten soll. Das Urteil von Leipzig soll für die Massen der Ausgestoßenen ein Spiegel sein, in dem sie ihre Zukunft sehen können, sollten sie sich nicht an den Gedanken des freiwilligen Verhungerns gewöhnen können.

Hier liegt des Pudels Kern. Und die Schlüsse, die das revolutionäre Proletariat aus dieser Sachlage zu ziehen hat, liegen klar auf der Hand. In demselben Verhältnis wie die Taten zu den „Strafen" bei diesem Urteil stehen, in demselben Verhältnis werden auch in Zukunft irgendwelche „Ausschreitungen" zu den „Strafen" stehen. Daraus ergibt sich, daß sich das Proletariat überlegen muß, ob es sich in aussichtslose Schlägereien mit irgendwelchen nationalistischen Haufen einläßt, ohne die gesamten Grundlagen des revolutionären Kampfes im Proletariat aufzurollen. Die Putsche ohne Ziel, ohne jede Voraussetzung für irgendwelche Auswertung der Kämpfe, ohne ideologische Klarheit, ohne daß die Massen ihre Organisationen in der Hand haben, bringt wohl der KPD. Propagandamaterial, dem Proletariat aber nicht die geringsten Vorteile.

Diese Justizoffensive brechen, heißt die Macht des Kapitals brechen. Sie muß gebrochen werden, will das Proletariat nicht selbst in Not und Grauen und Finsternis versinken. Sie kann nicht gebrochen werden, wenn die Arbeiter nicht wissen, was sie wollen, und sich mit romantischen Heldenstückchen begnügen. Wenn sie sich Schalmaien vorblasen und im übrigen den blöden Parolen der KPD. nachlaufen, die auf dem „Kongreß der Werktätigen" die Befreiung der politischen Gefangenen und die Entschädigung für fortgeschwemmtes Heu der Kleinbauern in einem Atemzuge „will". Sie kann nur gebrochen werden durch die breiten Massen des Proletariats, die mit dem klaren Ziel der Eroberung der politischen Macht durch ihre Räteorgane von den Betrieben aus vorstoßen in enger Solidatrität mit den Erwerbslosen. Opfer werden fallen so und so, denn Leben bedeutet Kampf, doch zwischen dem ernsthaften Kampf des Proletariats und der Parolenkomödie der KPD. gilt es zu wählen.

Bekanntlich hat in letzter Zeit eine Aenderung des „Republikschutz"-Gesetzes stattgefunden dahingehend, daß die Laienrichter abgeschafft wurden, und dem sogenannten Berufsrichtertum die alleinige Entscheidung der „Rechtsprechung" übertragen wurde. Für diese Aenderung stimmte auch die KPD. Man sieht hieraus, daß die reaktionären Parteien selbst bei den Versuchen, eine Verschärfung ihres Kurses herbeizuführen, als Sieger hervorgehen, und der Versuch der KPD., durch „revolutionäre Diplomatie" ein „bißchen" herauszuholen, umschlug in das Gegenteil. Man wollte das Gesetz zum „Schutz der Republik" stückweise abbauen, doch die Bourgeoisie wollte nur, wenn auch noch so winzige, Hemmnisse beseitigen. So half die KPD. der Bourgeoisie ihre Klassenjustiz noch stärker auszubauen. Das ist die Frucht des „revolutionären" Parlamentarismus.

Aber wenn die Millionenmassen sich erheben, wenn sie frei von allen Illusionen in die Kampfära treten, werden die Gesetzestafeln dieser Schreckensordnung zerbrechen wie Glas im Frost. Diese Schreckensurteile sind schon die Urteile der — Erschrockenen! Diese „Richter" — sind schon die Angeklagten! Die Weltgeschichte schreitet ehern über die in allen Fugen krachende Kapitalswirtschaft. Daß sie zum Weltgerichte — nicht zur Weltkomödie wird — das ist der Schwur, muß der Schwur aller klassenbewußten Arbeiter sein!